



Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ich eröffne die Stadtratssitzung und begrüsse euch, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Stadtrat und vom Gemeinderat, die anwesenden Gäste aus der Verwaltungsleitung, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien und vor allem auch die Gäste aus dem Kreis unserer Stimmberechtigten. Wir haben heute die dritte Stadtratssitzung im Jahr 2026 und dürfen dabei auch noch ein neues Mitglied im Stadtrat begrüssen, wobei es sich bei Leila Rachdi ja um ein erfahrenes Mitglied handelt, das die Nachfolge von Serge Wüthrich antritt. Ich begrüsse dich herzlich in diesem Kreis und wünsche dir erneut viel Freude in diesem Amt. Ich bitte nun unsere Stadtratssekretärin Barbara Labbé um den Appell.

- 34 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend¹.
 - 2 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 7 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Marc Häusler (Sekretär Gemeinderat) sind vollzählig anwesend.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Zuhanden des Protokolls stelle ich die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Der Versand der Traktandenliste und die Aktenaufgabe erfolgten vorschriftsgemäss. Die Traktandenliste und die zugehörigen Akten sind auch auf der Webseite der Stadt Langenthal aufgeschaltet. Gibt es heute Bemerkungen zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall und wir verhandeln somit dementsprechend.

¹ Vier Stadratsmitglieder treffen mit angekündigter Verspätung ein. Somit sind 38 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.



1. Sanierung und Erweiterung Kunsteisbahn; Genehmigung eines Investitionsbeitrags an die Kunsteisbahn Langenthal AG für die Projektphase "Vorprojekt (+)"; Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 1 mit der Sanierung und Erweiterung der Kunsteisbahn und der Genehmigung eines Investitionsbeitrags an die Kunsteisbahn Langenthal AG für die Projektphase "Vorprojekt (+)" und der damit verbundenen Kreditbewilligung. Ist das Eintreten zu diesem Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall, sodass das Eintreten stillschweigend genehmigt wird.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir starten demnach mit der Beratung. Patrick Fluri, Delegierter für die Infrastruktur Eissport des Gemeinderates, steht bereits am Rednerpult parat.

Gemeinderat Patrick Fluri (SVP): Geschätzte Anwesende, es freut mich, dass ich euch hier die Sanierung und Erweiterung der Eishalle im Schoren vorstellen darf. Ich werde mich knapphalten, da wir bereits eine Infoveranstaltung für den Stadtrat durchführten, die sehr gut besucht war.

Die Geschichte begann im Schoren im Jahr 1961, im 1980 gab es ein provisorisches Dach, was heute noch besteht. 2010 brauchte es dann eine finanzielle Sanierung der Kunsteisbahn, weil sie sich nicht mehr über Wasser halten konnte. Dafür wurde dann auch ein Schuldenschnitt vorgenommen und daneben verabschiedete man die Leistungsverträge zwischen der Kunsteisbahn und Stadt, die heute noch immer Gültigkeit haben.

KEB - Geschichte

- 1961 erbaut, Baurecht von Burgergemeinde Schoren bis 2031
- 1980 überdacht als Provisorium
- 1987 Erstellung Eingangsbereich
- 2003 Umbau Restaurant
- 2005 Realisierung neuer Garderoben
- 2010 finanzielle Sanierung durch die Stadt Langenthal (Schuldenschnitt, Bereinigung Eigentumsverhältnisse, Erhöhung Betriebsbeitrag)



Erweiterung und Sanierung KEB, 08.04.2026



11.05.2026

2

Hierzu ein paar Zahlen zur Eishalle: Die Kunsteisbahn im Schoren wurde in der Saison 2024/25 von rund 110'000 Personen, während 750 Stunden für den öffentlichen Eislauf zuzüglich der Schulen genutzt, was dementsprechend ebenso in diesen Leistungsverträgen geregelt ist. Das ist das Minimum. Aktuell haben wir viel mehr freie Stunden, die wir anbieten können. Wir haben auch auswärtige Nutzer. Wir haben Schulen aus rund 20 Gemeinden aus dem Umfeld von Langenthal, die die Infrastruktur im Schoren brauchen.

Nutzungsdaten – Saison 24/25

- Saison 6. August 2024 bis 31. März 2025
- Eisbelegung von 08.00 – 23.00 Uhr, quasi durchgehend
- > 110'000 Nutzer (Eishockey 97'000 / Schulen 8'000 / öffentl. Eislauf 5'500)
- 1. Mannschaft SCL ca. 35'000 Nutzer
- 1'000 Trainingseinheiten
- 200 Spiele / Turniere
- 750 h öffentliche Nutzung (Schulen + Eislauf)
- Auswärtige Schulen ca. 3'000 Nutzer (20+ Gemeinden)



Erweiterung und Sanierung KEB, 08.04.2026



11.05.2026

3



Im Jahr 2020 hatten wir eine Volksabstimmung über die Zukunft des Eissports in Langenthal. Dabei ging es um einen Neubau im Hard. Durch den Abstieg des SC Langenthal besann man sich dann aber darauf zurück und erteilte der Kunsteisbahn den Auftrag zur Klärung, wie es mit dem bestehenden Standort im Schoren weitergehen kann, wofür dann eine Machbarkeitsstudie durchgeführt wurde, was im Schoren alles machbar ist. Daraus entstand das vorliegende Projekt zur Sanierung und Erweiterung der Kunsteisbahn. Im 2024 beschloss der Stadtrat als erstes Geschäft ein qualitätssicherndes Verfahren mit Studienauftrag. Dies konnten wir im letzten Herbst mit der Wahl eines Siegerprojekts abschliessen und daran wollen wir jetzt weiterarbeiten.

Hier sieht man die Projektphasen A und B, zu denen der Stadtrat Ja sagte und nun bis auf die Überbauungsordnung, die im Moment noch am Laufen ist und vom Stadtbauamt bearbeitet wird, weitgehend abgeschlossen sind. Den Kredit, den wir jetzt beantragen, ist für die Phase C. Dabei geht es um das Vorprojekt (+), bei dem es nicht nur um die Architektur geht, sondern auch um die ganzen Einrichtungen, um den Energieverbrauch, um die Kälte und um die Wärme und alles, was intensiv genutzt wird, damit wir die zukünftigen Betriebskosten evaluieren und darüber entscheiden können, ob man weiterhin mit den jetzigen Betriebsbeiträgen funktionieren kann oder nicht.

Bei Phase C wurde das Bauprojekt extra herausgenommen. Die Kostenschätzung des Bauprojekts würde rund 1,5 Mio. Franken umfassen, was vom Siegerprojekt her abgeleitet ist. Für das Bauprojekt würden allein Planungskosten von rund 1,2 Mio. Franken veranschlagt. Berücksichtigt man dann auch noch die Bauherrenunterstützung, kommt man eben auf diese Kosten von 1,5 Mio. Franken, die wir in dieser Phase dafür benötigt hätten. Mit dem Vorprojekt (+) bekommen wir nun ein Projekt, bei dem die Kosten mit +/- 15% veranschlagt werden. Und damit haben wir das Gefühl, das dies präzise genug ist, um damit vor das Volk gehen zu können.

Projektaufbau

März 2020 Volksabstimmung "Zukunft Eissport Langenthal" – klares JA

Stadtrat erteilt KEB 2024 den Auftrag „Sanierung und Erweiterung“ vorzubereiten
Qualitätssicherndes Verfahren nach SIA
Verfahrensbegleitung BBS Ingenieure

Basis Machbarkeitsstudie
Pflichtenheft (Raumbedarf) mit SCL/CCL/KEB erarbeitet
Studienauftrag als Hauptbestandteil

Erweiterung und Sanierung KEB, BSA 2026



11.05.2026

4

B&A Stadtrat Mai 2026

Das Projekt wurde in vier Phasen unterteilt. Diese sind an den jeweiligen Projektfortschritt gekoppelt und ermöglichen einen zielgerichteten Projektablauf.



Abbildung 1: Visualisierung der Projektphasen (Stand Juni 2024)

Der Stadtrat genehmigte mit Beschluss vom 19. August 2024 einen Investitionsbeitrag für die finanzielle Unterstützung der Phasen A und B. Hierzu bewilligte der Stadtrat einen Rahmenkredit in Höhe von Fr. 600'000.00.

Erweiterung und Sanierung KEB, BSA 2026



11.05.2026

5



Wenn wir die Investitionskosten betrachten, so gibt es dafür diverse Gelder. So gibt es beispielsweise den Sportfonds, wozu wir Vorabklärungen trafen, ein definitiv zugesicherter Betrag aber immer erst beim Abschluss des Projekts fliesst, uns aber dieser Betrag in Aussicht gestellt wurde. Genau gleich verhält es sich mit dem NRP-Darlehen¹, das wir uns aber noch absichern lassen müssen. Geldbeiträge gibt es aber auch von den beiden Hauptvereinen, dem SC Langenthal und dem Curling Club Langenthal, die sich zu diesen Zahlen bekannten. Und da arbeiten wir jetzt in diesem Jahr darauf hin, bis Ende Jahr eigentlich dafür die Zusicherung zu bekommen, dass wir seitens der KEB, der Kunsteisbahn Langenthal AG, auch darüber entscheiden können, ob sich das Ganze finanzieren lässt. Genau gleich verhält es sich auch mit dem Beitrag der Stadt, der noch nicht in Stein gemeisselt ist. Die Zielgrösse für Planung und Realisation der Sanierung umfasst 25 Mio. Franken zuzüglich einer Reserve von 3 Mio. Franken.

Die Zusammenstellung der Kosten zum heutigen Antrag sind hier aufgelistet: Das sind einmal Fr. 420'000.00 für das Projektteam. Diesen Betrag mussten wir bereits im Studienauftrag angeben, weshalb er für uns gegeben und fix ist. Zur Erarbeitung gewisser Grundlagen sind noch weitere Dinge plus die ganze Finanzierung zu erledigen, wofür Kosten von Fr. 70'000.00 budgetiert sind. Für die bauherrenseitige Projektunterstützung sind Fr. 80'000.00 und als Projektreserven Fr. 30'000.00 eingestellt.

Mit Blick auf die Meilensteine haben wir jetzt die ÜO, die aktuell am Laufen ist und dann im dritten Quartal 2027 in den Stadtrat kommt. Wenn der Stadtrat den Kredit von heute bewilligt, machen wir uns an die Planung und Finanzierung des Ganzen, wofür wir uns das Ziel setzen, bis Ende Jahr alles so weit zu haben, dass wir es nachher in die Stadt geben können und man daran weiterarbeiten kann und wir im zweiten Quartal des nächsten Jahres erneut in den Stadtrat kommen und anschliessend das Projekt in Q3 dem Volk vorlegen können. Wir würden das Projekt zuerst dem Volk vorlegen und erst nachher die ÜO in den Stadtrat bringen. Das hätte den Vorteil, dass, wenn wir beim Volk nicht durchkommen, man sich im Schoren mit einer ÜO nichts verbaut, was man nachher nicht mehr rückgängig machen kann. Das wären meine Ausführungen. Besten Dank.

¹ NRP = Neue Regionalpolitik

Investition

Träger	Betrag
Sportfonds	2.0 Mio.
NRP-Darlehen	3.5 Mio.
SC Langenthal	2.0 Mio.
Curling Club Langenthal	1.0 Mio.
Stadt Langenthal	19.5 Mio.
Zielgrösse Planung und Realisierung CHF 25 Mio.	
Kreditbedarf Bauherrin + Reserve rund CHF 3 Mio.	

Erweiterung und Sanierung KEB, BSA 2026



11.05.2026

6

Investitionsantrag Phase C

Zusammenfassend stellen sich die Kosten für die Planungsphase C des Projekts wie folgt dar:

Gegenstand / Teilprojekt	Kosten in Fr. (inkl. MWST)
Honorar Projektteam Vorprojekt (+)	420'000.00
Erarbeitung Grundlagen Projekt und Finanzierung	70'000.00
Bauherrenseitige Projektunterstützung	80'000.00
Projektreserve (5%) und Rundung	30'000.00
Total Verpflichtungskredit	600'000.00

Mit der vorgeschlagenen Änderung im Terminprogramm können die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu einem früheren Zeitpunkt über die Finanzierung der Realisierung und des Betriebs des Projekts beschliessen.

Im Vergleich zum ursprünglich bewilligten Projektplan werden rund Fr. 1.5 Mio. weniger in die Planung investiert, bevor das Volk über die Finanzierung zur Realisierung entscheiden kann.

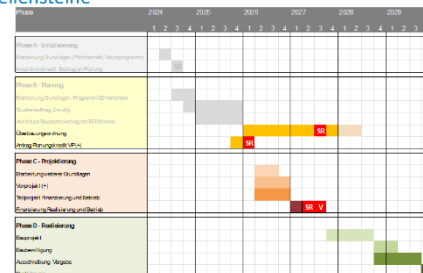
Erweiterung und Sanierung KEB, BSA 2026



11.05.2026

7

Meilensteine



Erweiterung und Sanierung KEB, BSA 2026



11.05.2026

8



Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, Gemeinderat Patrick Fluri. Für die GPK referiert nun Franziska Zaugg-Streuli (FDP).

Stadträtin Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Referieren ist ein bisschen übertrieben, aber merci, Diego. Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Geschäftsprüfungskommission beriet das Traktandum eingehend und stuft den Investitionsbeitrag an die Kunsteisbahn Langenthal AG für die Projektphase (+) als formell korrekt ein. Aus Sicht der GPK ist es bei einem Verpflichtungskredit von dieser Grössenordnung zentral, dass die finanziellen Folgen vollständig ausgewiesen sind. Dazu gehört als wesentliche vertragliche Grundlage auch der Baurechtsvertrag. Wir danken dem Gemeinderat Patrick Fluri, dass er den Baurechtsvertrag und das Bewertungsgutachten noch im Nachhinein nachreichte. Beide Unterlagen lagen in der physischen Aktenauflage vor und konnten in die Beurteilung einbezogen werden. Merci vielmals.

In der Beratung stellte die GPK noch ein paar Fragen an Patrick Fluri. Die erste war, ob der vorgesehene Zeitplan realistisch ist und wann mit einer genaueren Finanzübersicht zu rechnen ist. Es wurde uns bestätigt, dass der Zeitplan realistisch ist und eine vertiefte Finanzierungsübersicht im Zusammenhang mit dem Budget nach den Sommerferien vorliegen wird. Die GPK stellte zudem noch zwei weitere Fragen: Die erste war, ob der bereits gesprochene Planungskredit von 1,6 Mio. Franken in den 19,5 Mio. Franken enthalten ist, den die Stadt übernimmt, oder ob dieser Betrag noch zusätzlich anfällt? Zweitens fragten wir Patrick Fluri auch, mit welcher Kostengenauigkeit nach Abschluss des Vorprojekts (+) gerechnet werden kann? Das erläutertest du ja vorher in deinem Referat bereits, dass dies 15% sind. Merci. Ich danke für eure Aufmerksamkeit. Das ist alles aus Sicht der GPK.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank. Nun ist die Reihe an den Fraktionssprechern oder Fraktionssprecherinnen. Für die FDP/jll/L49-Fraktion spricht Rosario Volante (FDP).

Stadtrat Rosario Volante (FDP): Geschätzter Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, unsere Fraktion wird dem Vorprojekt (+) einstimmig zustimmen. Der Hauptgrund dafür ist, dass es jetzt um eine genauere und fundiertere Kostenermittlung geht. Genau das war für uns von Beginn an ein zentraler Punkt. Gerade bei einem Projekt von dieser Grössenordnung braucht es Transparenz und nachvollziehbare Entscheidungsgrundlagen. Die Diskussion in den vergangenen Monaten sowie die Informationsveranstaltung und die Präsentation von eben zeigten, dass die Einordnung der tatsächlichen Projektkosten und die langfristige finanzielle Auswirkung anspruchsvoll sind. Es wurden verschiedene Zahlen, Finanzierungsanteile und Projektbestandteile diskutiert, gleichzeitig blieben aber auch Fragen zum Unterhalt, zu Betriebskosten und den zukünftigen Investitionen offen. Bereits bei der ersten Beratung im 2024 wurde unter anderem seitens Robert Kummer im Namen der FDP/jll/L49-Fraktion auf die unterschiedlichen Grössenordnungen der damals diskutierten Investitionssummen hingewiesen und dafür eine bessere Plausibilisierung der Kosten gefordert. Genau deshalb erachten wir den jetzigen Schritt zum Vorprojekt (+) als wichtig und richtig. Inzwischen konnte man ja auch die Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2023 anschauen. Diese enthält bereits eine transparente Kostenaufstellung für ein Basisprojekt mit damals zusätzlichem Eisfeld und einer Kostengenauigkeit von rund 30%. Wir anerkennen, dass damit bereits wichtige Grundlagen erarbeitet wurden. Entscheidend wird jetzt sein, dass das Vorprojekt (+) die Transparenz konsequent weiterführt. Wir erwarten besonders eine nachvollziehbare Darstellung von sämtlichen Kostenpositionen, gegliedert nach Baukostenplan sowie eine offene Kommunikation über mögliche Folgen, Kosten und aufgestautem Unterhalt, die trotz Sanierung weiterhin anfallen könnten. Ebenfalls sollte ersichtlich sein, ob gewisse Investitionen aus Spargründen bewusst in spätere Unterhalts- oder Betriebsphasen verschoben werden können. Das muss nicht per se ein Nachteil sein, sondern könnte auch eine etappierte Umsetzung, beziehungsweise die Finanzierung einer so grossen Investition ermöglichen; ähnlich wie das aktuell auch im Rahmen der Schulraumplanung aufgezeigt wurde, bei der grosse Investitionen bewusst über mehrere Jahre verteilt werden. Wie schon mehrmals gesagt wurde, setzte die Bevölkerung bereits im Jahr 2020 ein positives Zeichen für den Eissport. Umso wichtiger ist es jetzt, die weiteren Grundlagen sorgfältig und transparent zu erarbeiten, damit zu einem späteren Zeitpunkt ein fundierter Entscheid über das Gesamtprojekt möglich wird. Die FDP/jll/L49-Fraktion unterstützt deshalb das Vorprojekt (+). Besten Dank.



Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher. Für die SVP-Fraktion Jan Herzig.

Stadtrat Jan Herzig (SVP): Geschätzter Stadtratspräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, wir werden den Kredit bewilligen und finden das Vorgehen super, indem man das Bauprojekt jetzt noch zurückstellt und dabei zuerst das Volk abgeholt werden soll und man sich erst danach an die Umsetzung macht. Auch sind wir dann auf den Kostenvoranschlag von +/- 15% gespannt, der dann sicher ein bisschen genauere Kosten aufzeigt, als was jetzt vorliegt. Wir finden, dass der Eissport in Langenthal eine Zukunft haben muss. Er ist weit über die Region hinaus bekannt, sei es dank Carole Howald, die im Curling die olympische Silbermedaille und mehrfache Auszeichnungen oder Medaillen an Welt- und Europameisterschaften gewann, oder sei es der SCL, der auch schweizweit relativ bekannt ist. Kaum geht man irgendwo hin, kommt man auf das Hockey zu sprechen, wenn man sagt, dass man von Langenthal ist, zumal eigentlich die Meisten wissen, dass wir hier den SCL haben, auch wenn er jetzt eine Stufe tiefer spielt als vorher, aber immer noch im Bewusstsein ist. Auch finden wir wichtig, dass die Schulen den freien Eislauf weiterhin betreiben und ihn auch private Leute hier in Langenthal geniessen können. Und ja, das sind jetzt einfach einzelne Beispiele, die stark aufzeigen, dass es den Eissport in Langenthal braucht. Eine Ablehnung des Kredits wäre ein massiver Rückschlag für Langenthal und eigentlich sozusagen auch fast das Ende des hiesigen Eissports. Darum werden wir den Kredit unterstützen. Merci.

Stadtrat Sandro Baumgartner (SP): Liebe alle, lieber Stadtpräsident, diese Anrede wählte ich heute zum ersten und zum letzten Mal. Wir sind dankbar über den Erhalt dieser Studie und dass wir nun über diese Fr. 600'000.00 beraten können. Für die SP/GL-Fraktion ist klar, dass der Eissport in Langenthal seinen Platz hat. Der Profisport oder auch der Amateursport hat seinen Platz, der Breitensport muss seinen Platz haben, auch sämtliche anderen Vereine müssen Platz haben in diesem neuen Projekt. Ebenso ist für uns klar, dass wir ein neues Eisstadion oder ein aufgemotztes Eisstadion sehr gerne unterstützen, aber nicht um jeden Preis. Gerade bei solch einer Grössenordnung und bei solch einem Betrag braucht es eine sorgfältige Planung und eine ehrliche Kommunikation, inwiefern wir uns das mit unseren Finanzen auch leisten können. Wir begrüssen sehr, dass man aus dem Kindergarten-Debakel die entsprechenden Schlüsse zog und schlauer vorgeht und nicht gerade alles zusammen durchplant. Dennoch sind diese Investitionskosten für Langenthal sehr gross, falls es dann vom Volk angenommen wird. Deshalb brauchen wir klare Richtlinien und klare Möglichkeiten, wie das finanziert wird, auch wenn wir über diesen Betrag noch nicht heute entscheiden.

Nach dem Bahnhof wäre diese Grössenordnung hier das zweitgrösste Bauprojekt. Darum erwarten wir, dass man das Sparpotenzial konsequent ausschöpft oder entsprechend aufzeigt. Es reicht nicht, ein schönes Projekt weiterzuentwickeln. Es braucht Priorisierungen und klare Aussagen dazu, was zwingend nötig ist und was wünschenswert wäre, aber im Moment vielleicht nicht finanziell tragbar ist. Es braucht eine Planung mit Argusaugen. Nicht wegen dem Misstrauen, sondern in Verantwortung gegenüber der Bevölkerung und diesem grossen Betrag. Für uns ist ebenfalls zentral, wer im Vordergrund stehen muss; das sind diejenigen, die zahlen, und das ist somit die Bevölkerung von Langenthal.

Wir wären hier dankbar und werden es auch weiterverfolgen, dass Schulen, Private, Hobbyvereine und so weiter dort nicht unbedingt an den Rand gedrängt werden, sondern auch zu guten Eiszeiten das Eis nutzen können. Wie auch schon erwähnt sind wir gespannt, wie der weitere Betrieb finanziert wird und was ansonsten noch für Kosten anfallen könnten, die man eventuell auch noch später finanzieren müsste. Darum sind wir dankbar, wenn solche Sachen schon in diesem Vorprojekt aufgezeigt werden und eine ganz klare Kommunikation mit der Bevölkerung stattfindet, damit man dann nicht später nochmals grosse Summen investieren darf oder muss. Die SP/GL-Fraktion anerkennt den Bedarf, anerkennt die Bedeutung des Eissports in Langenthal. Und wir sind auch sicher und glauben auch daran, dass sich der SCL und alle anderen Vereine mit einem neuen Stadion oder mit einem umgebauten Stadion mehr oder besser präsentieren und die Stadt Langenthal wie auch die Region weit in die Schweiz hinausgetragen werden kann. Darum werden wir dem Planungskredit einstimmig zustimmen. Wir hoffen, dass die Punkte, die ich soeben erwähnte, in der Planung berücksichtigt werden. Vielen Dank.



Stadtrat Michael Sigrist (EVP): Herr Stadtratspräsident, werte Anwesende, ich mache es kurz, unsere Fraktion wird dem Kreditbegehren auch zustimmen. Auch für uns ist es wichtig, dass wir möglichst schnell verlässliche Zahlen bekommen, damit nachher auch die Langenthaler Stimmbevölkerung entscheiden kann, ob ihr ein Stadion zu diesem Preis diese Kosten wert ist. Und was wir hoffen, und uns wünschen ist, dass es jetzt auch in diesem Projekt keine bösen Überraschungen gibt, sei das punkto des Zeitplans oder eben punkto der Kosten.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank. Damit äusserten sich alle Fraktionen. Wünschen Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher das Wort? Daniel Huber (SVP).

Stadtrat Daniel Huber (SVP): Werter Stadtratspräsident, werte Damen und Herren, ich greife auf, was die Vorredner zum Teil schon erwähnten. Der Eissport in Langenthal hat eine lange Tradition und der SCL ist ein bedeutender Verein, die Eissportinfrastruktur hingegen ist marode. Und wenn man den Anspruch hat, dies auf einem Niveau mit einer gewissen Anziehungskraft weiterzuführen, ist sie nicht zukunftsfähig. Das ist die eine Seite. Die andere Seite wurde auch bereits adressiert. Neue Stadien sind sehr teuer, eine Rentabilisierung ist schwierig oder nicht möglich und darum soll die Stadt die Hauptlast dieser Finanzierung tragen. Vor diesem Hintergrund, und weil die Finanzierungsmöglichkeiten der Stadt begrenzt sind, ist es sehr wichtig, dass man nicht klotzt, dass man nicht übertreibt, dass man auf Maximalwünsche verzichtet und dass man auch eine gewisse Bescheidenheit zeigt. Dem wird beim vorliegenden Projekt zum Beispiel durch die Rückkehr zum alten Standort, durch den Verzicht auf eine zweite Eisfläche und durch die Reduktion der Zuschauerkapazität Rechnung getragen. Darum kann man dem Kredit zustimmen, wie es auch bereits die anderen sagten. Und auch das wurde bereits erwähnt, dass es wirklich sehr wichtig ist, dass man in Bezug auf die Finanzen rasch Transparenz herstellt.

Die Kosten für die Stadt würden aus heutiger Sicht rund 20 Mio. Franken betragen. Aber was bedeutet das genau? Diese 20 Mio. Franken müssen über Eigen- und Fremdkapital finanziert werden. Das führt via Abschreibungen, Opportunitäts- und Kapitalkosten zu laufenden jährlichen Kosten, die sicher in Bezug auf die Eckwerte der aktuellen Finanzstrategie eine Herausforderung darstellen. Wenn die Unterstützer dieses Projekts in dieser Hinsicht keine Transparenz herstellen, dann werden das die Gegner machen und ihre Darstellung wird eventuell weniger vorteilhaft ausfallen. Es macht keinen Sinn, wenn jeder seine eigenen Berechnungen durchführt und das in Steuerzehnteläquivalent übersetzt. Ich wünsche mir deshalb, dass hier in dieser Sache frühzeitig reiner Wein eingeschenkt wird und ich hoffe auch, dass die Suche nach privaten Investoren und Unterstützern weitergeht, weil jeder privat investierte Franken die Finanzierung und die Tragbarkeit für die Stadt wahrscheinlicher macht. Aber wie gesagt, der Eissport ist wichtig für Langenthal und hat eine lange Tradition. Das vorliegende Projekt hat es zum jetzigen Zeitpunkt verdient, in eine nächste Phase gehen zu können.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Wortmeldungen als Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Das Wort hat Fabian Fankhauser (GLP).

Stadtrat Fabian Fankhauser (GLP): Werter Stadtratspräsident, zum letzten Mal werter Stadtpräsident, werter Gemeinde- und Stadtrat, liebe Anwesende, ich überlegte mir, ob ich als Einzelsprecher noch einmal etwas sagen möchte, weil die Fraktionen ja bereits ein Grossteil und somit eigentlich schon alles sagten, was gesagt werden muss. Wer mich aber kennt, weiss, dass ich eine sehr dezidierte Haltung zu diesem Thema habe und dass mir das sehr am Herzen liegt. Der Eissport gehört schon seit immer oder zumindest seit 1961 zu Langenthal. Wir haben jetzt endlich die Chance, den gordischen Knoten zu lösen, den wir mit dem Stadion haben. Seit ich im Stadtrat bin, stimmten wir über diverse Planungskredite und so weiter ab oder legten sie dem Volk vor. Der letzte Kredit lag übrigens deutlich höher als der jetzige. Schon nur das zeigt, dass wir jetzt kleinere Brötchen backen und dass man hier wirklich nach einer realistischen Lösung sucht, und nicht nach einem Luxusbau. Aber gerade, weil es mir so am Herzen liegt, möchte ich dennoch auch noch ein paar warnende Worte aussprechen. Ohne Transparenz wird vor dem Volk kein Blumentopf zu gewinnen sein und deswegen sind auch wir froh, bekamen wir auch noch den Baurechtsvertrag zu Gesicht und man hier jetzt vielleicht ein bisschen fortschrittlicher unterwegs ist als an anderen Orten, wenn es um Transparenz geht.



Und nun sprach man im Gemeinderat oder im Stadtrat auch viel von Priorisierung. Aber Priorisierung ist in der Lokalpolitik häufiger einfach auch nur ein Euphemismus für den Verteilungskampf. Wir müssen jetzt nicht einfach denken, nur weil wir ein Stadion bauen wollen, können wir das irgendwo an einem anderen Ort wegsparen, weil genau dann die Abstimmung den Bach runter geht. Wir müssen genau gleich in neue Schulhäuser investieren, in die Strasseninfrastruktur und in den ÖV und in alles andere, was unsere Stadt halt so bereitstellt. Wenn wir jetzt anfangen, dies irgendwo wegzusparen, dann wird es zu diesem Projekt ganz sicher Opposition geben. Deshalb müssen wir jetzt vielleicht einfach mal die Realität sehen und uns eingestehen, dass wir in der Stadt über die letzten Jahre ein Investitionsdefizit hatten und wir das nicht einfach wegpriorisieren und über die nächsten Jahre erstrecken können. Vielmehr werden wir halt in den nächsten Jahren erhöhte Investitionen haben, wozu auch das Stadion gehört. In dem Sinn merci vielmals, wenn ihr auch zustimmt.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Nun wünscht noch Rosario Volante (FDP) als Einzelsprecher das Wort.

Stadtrat Rosario Volante (FDP): Geschätzter Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn es bei diesem Geschäft im Grundsatz nur um einen weiteren Planungsschritt im Umfang von rund Fr. 600'000.00 geht, beschäftigte mich das Thema in den letzten Monaten doch stark. Ich erlaube mir deshalb, meinen persönlichen Standpunkt ein bisschen ausführlicher zu erläutern. Ich persönlich wies bereits im Vorfeld zum ersten Kredit für den Wettbewerb darauf hin, dass ich mir vorgängig eine detailliertere Kostenermittlung auf Basis der bestehenden Anlage gewünscht hätte, bevor man einen Projektwettbewerb startet. Ich hatte damals teilweise Mühe, den gewählten Weg vollständig nachzuvollziehen.

Auf die bereits im Fraktionsvotum angesprochene Diskussion rund um die unterschiedlichen Kostenschätzungen, Finanzierung und die Frage der Transparenz möchte ich in diesem Moment nicht mehr eingehen. Aber gerade diese Punkte bewogen mich doch dazu, mich vertiefter mit der Machbarkeitsstudie und den bisherigen Grundlagen auseinanderzusetzen. Die Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2023 half mir persönlich, das damalige Vorgehen im Nachhinein besser zu verstehen und trotz der hohen Kosten ein gewisses Vertrauen in die erarbeiteten Grundlagen zu gewinnen. Es lagen schon damals durchaus Zahlen und Vergleichswerte vor; zwar wie bereits erwähnt auf Basis eines erweiterten Raumprogramms mit zusätzlicher Eisfläche, aber dennoch mit einer ausgewiesenen Kostengenauigkeit von 30%. Gleichzeitig zog man ähnliche Projekte und Erfahrungswerte von anderen Standorten als Vergleich hinzu. Das überzeugte mich, weil man sich dabei auf bestehende Erfahrungswerte und Vergleichsprojekte abstützte und nicht einfach das Rad neu erfinden wollte.

Ich wies damals in der Diskussion immer wieder darauf hin, dass man die Kosten auf Basis der bestehenden Situation und anhand eines definierten Raumprojekts ermitteln sollte, bevor man weitere Projektschritte auslöst. Umso mehr hat mich beim Lesen dieser Machbarkeitsstudie überrascht, dass genau solche Grundlagen bereits vorhanden waren. Entweder lagen die Unterlagen damals noch nicht vor, beziehungsweise nahm ich sie nicht wahr, oder der Aspekt wurde in der damaligen Diskussion aus meiner Sicht zu wenig hervorgehoben. Die Studie zeigte dabei transparent auf, wie sich die Kosten entwickeln und wie mit der damaligen Verichtsplanung die Projektkosten reduziert werden konnten. Beim Durchlesen fiel mir auf, dass bewusst auf eine vertiefte Zustandsanalyse der bestehenden Bausubstanz sowie auf Schadstoffe und geologische Untersuchungen verzichtet wurde, die dann erst in späteren Planungsphasen erfolgen sollen. Ich gehe nun deshalb davon aus, dass jetzt diese Grundlagen im Rahmen dieses Vorprojekts (+) aufgearbeitet werden, damit auch mögliche Risiken, Folgekosten und Unterhaltsfragen besser beurteilt werden können.

Eine kleine Randbemerkung kann ich mir allerdings nicht verkneifen, möchte ich doch noch festhalten, dass in sämtlichen Unterlagen erwähnt wird und heute gesagt wurde, dass mit dem jetzigen Vorgehen rund 1,5 Mio. Franken an Planungskosten eingespart werden können. Trotz eigenem Nachrechnen und vertiefter Auseinandersetzung mit der SIA-Phase konnte ich die Grössenordnung bis heute nicht vollständig nachvollzie-



hen. Gerade deshalb erachte ich eine nachvollziehbare Aufschlüsselung der einzelnen Planungsphasen sowie den entsprechenden Kosten als wichtig und knüpfe damit bezüglich der Transparenz auch an mein Votum als Sprecher der FDP/jll/L49-Fraktion an.

Ich persönlich, der dem Eissport grundsätzlich neutral gegenübersteht, muss sagen, dass mich das Siegerprojekt bereits bei der Vorstellung in der Kunsthalle Porzi und auch nach zusätzlicher und wiederholter Sichtung der Unterlagen sehr überzeugte. Ich möchte an dieser Stelle denjenigen, die sich fragten, weshalb nicht ein ortsansässiges Büro gewählt wurde, die Lektüre des Juryberichts empfehlen. Das Siegerprojekt hebt sich qualitativ deutlich von den anderen Eingaben ab und ist aus meiner Sicht an diesem schwierigen Standort tatsächlich eine Perle. Selbst jemand wie ich, der keinen direkten Bezug zum Eissport hat, bekommt beim Betrachten und Lesen des Siegerprojekts das Gefühl, dass man das Stadion für Langenthal eigentlich unbedingt haben muss. Deshalb spreche ich an dieser Stelle den Verantwortlichen des Projekts und des Wettbewerbs auch ein ausdrückliches Lob aus. Trotzdem bleiben für mich, und da bin ich – wie man hörte – auch nicht allein, Fragen offen, besonders bezüglich der späteren Finanzierung und der langfristigen Tragbarkeit für die Stadt. Es betrifft hier nicht ein kleines Einzelprojekt, sondern es ist ein Vorhaben mit potenziell erheblichen Auswirkungen auf die langfristige Finanzplanung. Gerade deshalb ist es aus meiner Sicht wichtig, und ich wiederhole mich gerne noch einmal, dass jetzt im Rahmen dieses Vorprojekts (+) sämtliche Grundlagen wie bereits mehrfach erwähnt offen, transparent und möglichst frühzeitig kommuniziert werden, damit später eine fundierte und nachvollziehbare Entscheidung über das Gesamtprojekt möglich ist.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Das Wort haben weiterhin Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher. Ich sehe niemanden mehr. Damit schliesse ich die Beratung. Wünscht der Gemeinderat Patrick Fluri noch ein Schlusswort? Nein, das wünscht er nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wenn ich es richtig sehe, sind nun aktuell 38 Stadträtinnen und Stadträte anwesend. Und damit können wir abstimmen. Der entsprechende Beschlussentwurf ist aus den Unterlagen bekannt.

Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussentwurf Ziffer 1 bis Ziffer 3 unter Vorbehalt des fakultativen Referendums zustimmen will, zeigt das mit seiner Stimmkarte. Nein-Stimmen? Enthaltungen? Besten Dank.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 1 Enthaltung:

- 1. Die finanzielle Unterstützung der Projektphase "Vorprojekt (+)" des Projekts "Sanierung und Erweiterung Kunsteisbahn" durch die Ausrichtung eines Investitionsbeitrags an die Kunsteisbahn Langenthal AG wird genehmigt.**
- 2. Hierfür wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 600'000.00 (inkl. MWST) zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 6160.5090.15 "Sanierung und Erweiterung KEB, Phase Vorprojekt (+)", bewilligt.**
- 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



2. Ersatz des Kommunalfahrzeuges Ladog T 1550 durch ein neues Fahrzeug; Genehmigung und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Damit können wir das Traktandum abschliessen und zu Traktandum Nr. 2 übergehen. Hier geht es um die Genehmigung und die Kreditbewilligung für den Ersatz des Kommunalfahrzeuges Ladog T 1550 durch ein neues Fahrzeug. Ist das Eintreten zu diesem Geschäft bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein und somit unbestritten.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir kommen zur Beratung. Das Wort hat Vizestadtpräsident Michael Schär, Ressortvorsteher Verkehr und Entsorgung, Energie, Umweltschutz und Tiefbau.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Merci vielmals, sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, werte Stadträtinnen und Stadträte. Wie ihr bereits hörtet, geht es bei mir heute Abend im ersten Traktandum um den Ersatz des Bucher Ladog T1550. Das ist ein Kommunalfahrzeug, das bei uns seit 13 Jahren im Einsatz war und dabei Anfang 2024 der hydraulische Fahrmotor durch Abrieb so verschlissen war, dass er kaputt ging und wir seitdem mit einem Mietgerät arbeiten. Wir machten uns deshalb hinter die Neubeschaffung und schauten zuerst einmal, ob wir weiterhin solch ein Kommunalfahrzeug einsetzen müssen. Es ist so, dass die Kommunalfahrzeuge sehr teuer sind, unabhängig der Antriebsart. Dies ist damit begründet, dass solche Fahrzeuge so ziemlich alles können sollten. Sie haben wirklich einen grossen Einsatzbereich, der vom Winterdienst über Mäh- oder Reinigungsarbeiten bis zu Streueinsätzen und Tiefbauarbeiten reicht, die mit solchen Fahrzeugen mit einem hydraulischen Motor und wirklich ganz vielen verschiedenen Aufsätzen bewältigt werden können. Das macht das Fahrzeug dann aber auch recht teuer. Es hat auch eine Sondergrösse, was in der Abbildung im B & A aufgezeigt wurde. Es ist extra schmal, sodass man auch durch ganz enge Feldwege etc. fahren kann oder sogar auf dem Trottoir damit fahren könnte.

Nachdem klar war, dass wir weiterhin ein solches Kommunalfahrzeug brauchen, holten wir die entsprechende Offerte ein, um die Analyse gemäss TCO¹ zu machen und um beurteilen zu können, welches für uns das günstigste und ökologischste Fahrzeug ist. Dabei kam dann heraus, dass das Elektrofahrzeug günstiger ist. Das seht ihr auf der zweiten Abbildung im B & A, wonach das Fahrzeug nach dem siebten Betriebsjahr günstiger wird und wir mindestens mit zehn Jahren Einsatzzeit rechnen. Natürlich streben wir dabei weiterhin an, dass das Fahrzeug erneut bis an sein Lebensende im Einsatz steht, sprich irgendetwas zwischen 13 und 15 Jahren seinen Dienst tun soll. Was es vielleicht auch noch hervorzuheben gilt, ist die Tatsache, dass die dannzumal erhobenen Zahlen noch auf einem Dieselpreis von Fr. 1,64 basieren, wovon heute alle träumen würden, die noch mit einem Verbrennerfahrzeug unterwegs sind. Dementsprechend würde auch die Beurteilung nochmals viel besser ausfallen. Wir führten nachher auf Basis des Pflichtenhefts für ein Elektrofahrzeug die öffentliche Ausschreibung durch, wozu wir allerdings nur ein einziges Angebot erhielten und wir nun dafür den entsprechenden Kredit beantragen, sodass der Gemeinderat anschliessend auch die Vergabe auslösen kann. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank. Das Wort hat Pascal Dietrich, FDP/jll/L49-Fraktion, als Berichterstatter der GPK.

Stadtrat Pascal Dietrich (Liste 49): Herr Präsident, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, es geht um den Ersatz dieses Kommunalfahrzeugs, wie wir es soeben von Vizestadtpräsident Michael Schär vernahmen. Ich kann auch gerade vorwegnehmen, dass die GPK zu diesem Geschäft formell keine Bedenken hat und dass alles in Ordnung ist. Die GPK begutachtet die Geschäfte ja auch anhand einer materiellen Komponente, so wie das in der alten und übrigens auch in der neuen Geschäftsordnung festgehalten ist. Darüber möchte ich euch kurz orientieren, weil sich die GPK zu

¹ TCO = Total cost of ownership (deutsch: Gesamtbetriebskosten)



diesem Fahrzeug dann schon auch noch ihre Gedanken machte. Wie wir hörten, ist ja der Kauf in der Anschaffung mehr oder weniger doppelt so teuer wie ein konventionelles Dieselfahrzeug. Man machte dann aber eben die TCO-Analyse, bei der die Beurteilung dann irgendwann kehren sollte. Die GPK fragte sich, ob man sich darauf verlassen kann und wie die Berechnung wohl gemacht wurde? Daneben fragte sie sich auch, wie sich die Kostenentwicklung bei einer fortwährenden Miete entwickeln würde, führt dies bei einer Zeitspanne von zehn Jahren doch zu Kosten von etwa Fr. 38'400.00. Wenn man jetzt das neue Fahrzeug auf zehn Jahre abschreibt, sind es pro Jahr Fr. 40'000.00 und somit eigentlich mehr, als wenn man es mietet. Sodann stellte man sich auch die Frage, wie lange solch eine Batterie bislang hält. Die ältesten dieser URS.e-Fahrzeuge sind mittlerweile seit sechs Jahren im Dienst und man weiss also noch nicht genau, wie lange die Batterien halten. Gleichzeitig machte man sich auch noch Gedanken zur Winterdiensttauglichkeit dieses Fahrzeugs. Wir stellten all diese Fragen auch Michael Schär und er konnte uns in dem Sinn kompetent Auskunft geben, als dass er davon ausgeht, dass das Fahrzeug bis an sein Lebensende im Einsatz steht, wovon auch wir ausgehen. Die Frage ist einfach, wann das dann genau ist. Er konnte zudem zuverlässig erklären, dass man mit grosser Wahrscheinlichkeit davon ausgehen kann, dass das Fahrzeug natürlich länger als zehn Jahre hält, auch wenn man es in diesem Zeitraum abschreibt. Aber es sollte länger halten und unbekannt ist eigentlich nur die Lebenszeit der Batterie. Die hält vielleicht nur zehn Jahre, aber er hat ja auch selber als Unternehmer eine grosse Erfahrung mit diesen Elektrofahrzeugen, sodass er uns versicherte, dass, wenn dann die Batterie nach 10 Jahren verbraucht wäre, das Fahrzeug aber eben noch nicht sein Lebensende erreichte, man die Batterie relativ günstig wieder aufbereiten und für eine weitere Einsatzdauer bereit machen kann. Diese Ausführungen überzeugten die GPK.

Der letzte Punkt betraf dann eben auch noch den Winterdienst. Ja, wenn jetzt die Winter wie in den letzten drei, vier Jahren relativ mild ausfallen und man nicht so viel Schnee räumen muss, dann ist es das eine. Wenn wir dann aber Winter oder Wintertage wie damals am 5. März 2006 erleben, als der Fasnachtsumzug abgesagt werden musste oder auch wie im Januar 2021, als es ebenso eine Phase gab, in der die Fahrzeuge eigentlich ununterbrochen Tag und Nacht, drei, vier Tage im Einsatz standen, so stellt sich die Frage, wie man dann mit einem Elektrofahrzeug in dieser Situation umgeht, wenn dann die Batterie zwischendurch ja auch aufgeladen werden muss. Dazu meinte Michael Schär, dass ja die Besatzung, die Mannschaft und der Chauffeur auch einmal eine Pause benötigen und man dabei allenfalls mit Ablösungen arbeiten muss. Gleichzeitig geht er aber davon aus, dass dies in den allermeisten Fällen wirklich kein Problem darstellt, zumal bereits auch etliche Berggemeinden, die deutlich strengere Winter zu bewältigen haben als wir, auch schon ein solches Fahrzeug einsetzen. Von dem her kann man da beruhigt sein. Im schlimmsten Fall kann das Fahrzeug an einer Schnellladestation innerhalb von etwa 20 Minuten wieder aufgeladen werden. Das ist dann natürlich ein bisschen teurer, was aber für den Notfall auch noch möglich wäre. Also zusammengefasst überzeugten uns die Ausführungen von Michael Schär, dass das auch materiell das richtige Fahrzeug ist. Von dem her lässt es die GPK damit bewenden, euch über das zu orientieren und ich danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank. Wer von den Fraktionen möchte sich nun zu Wort melden? Sandro Baumgartner für die SP/GL-Fraktion und sogleich anschliessend Fabian Fankhauser für die GLP/EVP-Fraktion.

Stadtrat Sandro Baumgartner (SP): Liebe alle, vielleicht sollten wir die publikumsstarken Traktanden das nächste Mal ein bisschen nach hinten schieben, dann haben wir bis am Schluss Gäste. Vorab möchte ich aber dem Personal des Werkhofs danken. Danke für den unermüdlichen Einsatz bei jedem Wetter und jeder Tageszeit. Danke für die harte Arbeit, die ihr leistet. Und wer hart arbeitet, hat auch Anrecht auf das beste Werkzeug. Wir waren erfreut, dass das Werkzeug, dieses Fahrzeug, ein Elektrofahrzeug wird und wir sind auch dankbar, dass man hoffentlich das beste Werkzeug ausgelesen hat, auch wenn es das einzige Modell war, das angeboten wurde. Aber wir sind überzeugt, dass Referenzen eingeholt wurden und das Personal des Werkhofs damit hoffentlich seine Freude haben wird. Auch wenn es teuer ist, spielt das keine Rolle, denn Qualität kostet und der freie Markt entscheidet über den Preis. Daher unterstützen wir den Antrag



einstimmig und freuen uns, wenn das Personal des Werkhofs wieder ein effizientes und zeitgemässes Fahrzeug bekommt. Merci vielmals für den Einsatz.

Stadtrat Fabian Fankhauser (GLP): Auch ich will es nicht unterlassen, dem Personal des Werkhofs zu danken wie auch für die Aufbereitung dieses Geschäfts. Es zeigt nämlich, dass der TCO funktioniert, indem nicht immer nur die Investitionskosten das Entscheidende sind, sondern dass es uns manchmal auch Geld einsparen lässt, wenn man zu Beginn ein bisschen mehr ausgibt. Ich war doch auch erstaunt, wie genau die GPK jetzt den Antrieb und die Batterie auseinandernahm. Ich bezweifelte, dass man bei einem Dieselfahrzeug auch so vorgegangen wäre. Aber es zeigte sich ja dabei, dass Elektrofahrzeuge tatsächlich nicht so schlecht sind. Wir freuen uns, dass man selbstverständlich auch hier ein Elektrofahrzeug einsetzen kann. Wir sehen es dann beim nächsten Traktandum, dass das nicht ganz überall geht, aber dort, wo es geht, soll man es machen. Wir werden einstimmig zustimmen und freuen uns.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Fraktionssprecher:innen? Ruth Jörg redet für die FDP/jll/L49-Fraktion.

Stadträtin Ruth Jörg (FDP): Werter Stadtratspräsident, werte Anwesende, wir hörten jetzt schon ganz viele Sachen über das neue Kommunalfahrzeug. Was bis jetzt noch nicht gesagt wurde, ist, dass die Analyse ganz klar zeigt, dass ein Elektrofahrzeug einen höheren Anschaffungspreis hat, aber langfristig gesehen wirtschaftlich ein günstiges Fahrzeug ist. Zudem bietet es weitere Vorteile: Es ist leiser im Betrieb, verursacht weniger CO₂-Emissionen und entspricht den heutigen Anforderungen an Nachhaltigkeit und moderner Infrastruktur. Wir stimmten diesem Geschäft in der Fraktion einstimmig zu.

Stadträtin Christine Aebischer (SVP): Liebe Anwesende, auch die SVP bedankt sich sehr beim Werkhofpersonal. Wir von der SVP werden den Antrag für ein E-Fahrzeug ablehnen. Auf den ersten Blick erscheint die Anschaffung innovativ und zeitgemäss. Zum Anschaffungspreis gab es in der SVP-Fraktion allerdings Redebedarf. Können wir uns aktuell ein solches Modell leisten? Nein, ist die Antwort der SVP. Die Vorteile der Mehrkosten für das Elektrofahrzeug von rund Fr. 135'000.00 gegenüber dem konventionellen Dieselmotormodell sehen wir nicht. Wir sehen es ähnlich wie die GPK, die sich die erläuterten Fragen stellte. Das ist viel Geld, das wir heute ausgeben und wir jetzt ausgeben müssen. Langenthal hat keinen grossen Finanzspielraum. Wie wir es vor Wochenfrist hörten, gibt es auch andere ebenso unbedingt dringliche Ausgaben wie diejenigen für die Kindergärten oder die Schulraumplanung. Dabei stehen uns umfassende Sanierungen und Neubauten bevor. Eine Priorisierung der aktuellen Ausgaben ist nötig. Auch hinsichtlich der Praxistauglichkeit der Elektrofahrzeuge im Winterdienst bestehen weiterhin Einschränkungen. Wie lange reicht die Batterie? Und wie flexibel ist man im Winter mit dem Einsatz dieses Fahrzeugs? Der Mehrwert der vorgeschlagenen Innovation erscheint für die SVP zum heutigen Zeitpunkt nicht ausreichend. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke. Damit meldeten sich alle Fraktionen zu Wort. Gibt es Einzelsprecher:innen oder Einzelsprecher? Bitte schön, Robert Haas (SVP).

Stadtrat Robert Haas (SVP): Werter Stadtratspräsident, Stadtpräsident, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Gäste, werte Kolleginnen und Kollegen, ihr hörtet es bereits beim letzten Traktandum, was wir hier in dieser Stadt für finanzielle Aufgaben haben. Am letzten Montag war ich noch an der Infoveranstaltung der Kindergärten. Die sind ja mehr als dringend ebenso nötig und da sprach man nicht mehr wie anlässlich der Abstimmung von 14 Mio. Franken, sondern von 30 Mio. Franken und mehr. Das neue Gemeindefahrzeug ist auch dringend nötig. Aber ich sehe nicht ein, dass man da eine Luxusausführung auswählen sollte, bei der das Grundfahrzeug rund Fr. 361'500.00 kostet, wenn man demgegenüber genau das gleiche Fahrzeug mit einem konventionellen Antrieb für Fr. 226'000.00 haben könnte. Das sind Fr. 135'000.00 mehr oder sage und schreibe 60%. Ich kann das gegenüber der steuerzahlenden Bevölkerung von Langenthal nicht verantworten und werde den Kredit deshalb ablehnen. Ich danke allen, die mir folgen. Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke, Robert Haas. Gibt es weitere Einzelsprecher:innen? Ja, Michael Schenk (SVP).



Stadtrat Michael Schenk (SVP): Vieles wurde bereits gesagt und ihr hörtet es, dass wir mit diesem Vorgehen nicht einverstanden sind. Wie Robert Haas zu Recht erwähnte, stellt sich die Frage, ob wir das dem Steuerzahler zumuten wollen? Wie wollen wir ihm das erklären? Im vorherigen Traktandum hiess es, dass wir genau hinschauen müssen, für was wir das Geld ausgeben. Wir müssen wirklich genau hinschauen und hier geben wir irgendwie Fr. 130'000.00 zusätzlich aus. Ja, das ist für das CO₂ und die Umwelt gut, was auch ich befürworte. Auch ich bin für Elektrofahrzeuge. Aber genau bei dieser Gruppe von Fahrzeugen spielt es am Schluss die kleinste Rolle, wenn man dabei Herstellung und Entsorgung des Fahrzeugs einrechnet, wozu es auch Studien gibt. Ich machte mich am Wochenende auch ein bisschen schlau darüber und es führt hier zum kleinsten CO₂-Gewinn. Mit diesem Geld könnten wir an anderen Orten viel mehr CO₂ einsparen. Im blödesten Fall könnte man mit diesem Geld auch ein paar hundert Bäume setzen. Ich denke, dass dieses Fahrzeug der Umwelt nicht viel bringt, weil das Fahrzeug einfach genau dann funktionieren muss, wenn es zu Extremsituationen kommt. Zudem gab es auch schon mit der Putzmaschine entsprechende Probleme. Das Ganze ist einfach noch nicht zu 100% ausgereift und ich möchte nicht, dass wir da jetzt wieder irgendwelche Versuche machen. Im Übrigen beschloss die SVP-Fraktion einen Rückweisungsantrag zu stellen, damit uns das Geschäft in überarbeiteter Form nochmals vorgelegt wird. Merci vielmals.

Stadtrat Daniel Huber (SVP): Werte Damen und Herren, Entschuldigung, ich sage auch noch etwas dazu. Hier handelt es sich eventuell um ein Beispiel für einen Business Case, den man so oder so berechnen kann, je nachdem, welches Ergebnis man gerne hat. Die Aufgabe der Stadträte ist jetzt zu sagen, ob die Kostenfrage im Zusammenhang mit der Elektrifizierung der Kommunalfahrzeuge überhaupt relevant ist oder ob die CO₂-Vermeidung ausserhalb der Kostenfrage steht. Wenn die Kosten relevant sind, dann geht es darum zu beurteilen, ob die Berechnungen im B & A alle Faktoren berücksichtigen und plausibel sind, oder ob eher der Wunsch der Vater des Ergebnisses des Business Case war. Es geht hier um eine Kostendifferenz bei der Anschaffung von ungefähr Fr. 130'000.00 und somit um jährliche Abschreibungsmehrkosten von rund Fr. 13'000.00. Damit könnte man zum Beispiel die bürgernahe Kommunikation finanzieren, was heute Abend ja auch noch ein Thema sein wird. Und Bäume setzen finde ich übrigens auch eine sehr gute Idee. Merci vielmals.

Stadtrat Fabian Fankhauser (GLP): Ja, also zuerst einmal möchte ich ein bisschen Abstand davon nehmen, dass man jetzt jemandem in der Verwaltung vorwirft, dass man die Beurteilung aufgrund des gewünschten Resultats so vornahm. Wir hatten schon mehrere solcher TCOs, die sehr oft zu einem ähnlichen Ergebnis führten. Wenn ich euch jetzt vielleicht ein bisschen entgegenkomme und wir die ganze CO₂-Thematik einmal aussen vor lassen, dann sind wir auch mit dem tieferen Dieselpreis nach sieben Jahren günstiger. Mit dem jüngsten Preisanstieg wären wir dabei wahrscheinlich schon nach fünf, sechs Jahren günstiger. Da muss ich mich dann fragen, wie ihr das gegenüber dem Steuerzahler rechtfertigen könnt, der hier auch noch in sieben Jahren Steuern zahlt. Ich habe sehr wohl vor, auch in sieben Jahren noch in Langenthal zu wohnen und insofern wäre ich euch dankbar, wenn ihr das vorliegende Geschäft annehmt.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Weitere Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher? Das ist nicht der Fall. Dann komme ich zur Klärung: Michael Schenk, stelltest du für die SVP-Fraktion einen Rückweisungsantrag? Okay, dann werden wir zuerst über den Rückweisungsantrag abstimmen und anschliessend gehen wir weiter. Gibt es Wortmeldungen zu diesem Rückweisungsantrag? Das ist nicht der Fall. Damit schliesse ich die Beratung und übergebe dem Vizestadtratspräsidenten Michael Schär das Schlusswort.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Ja, merci vielmals. Ich bin schon ein bisschen erstaunt, was da bezüglich der hohen Kosten gesagt wurde. Fabian Fankhauser fasste es zuvor richtig zusammen. Genau dafür führten wir eigentlich ein TCO durch. Es kommt immer wieder der Vorwurf, dass da schön gerechnet wird, und dies immer wieder aus der gleichen Richtung. Aber mir konnte noch nie jemand aufzeigen, wo wir hier irgendwas schön rechnen. Und Fabian sagte es richtig, wenn ihr jetzt ein Diesel-Fahrzeug anschaffen wollt, stimmt es, dass es im ersten Moment günstiger kommt. Aber auf die Lebensdauer gesehen würdet ihr dem Steuerzahler mit dieser Entscheidung zwischen Fr. 100'000.00 bis Fr. 300'000.00 Mehrkosten aufbürden. Und genau dafür führte man TCO auch ein. Ich diskutiere das gerne mit euch. Ich fahre seit 13 Jahren elektrisch. Also ich weiss wirklich, was für Probleme auf einen zukommen können und ich weiss auch, was es finanziell



bedeutet. Und ich möchte gerne von all denjenigen hören, die hier von der Bedeutung sprachen, was sie denn dort für eine Erfahrung haben. Wie von Pascal Dietrich angetönt, haben wir bei uns im Unternehmen 35 Elektrofahrzeuge. Und ich kann ihnen versichern, wir sparen ziemlich viel Geld damit. Und wir sind nicht nur in Langenthal tätig. Auch wenn wir zwar keinen Winterdienst haben, fahren wir mit diesen Fahrzeugen nach Zürich, nach Basel, nach Bern. Also ich weiss nicht, wie man diese Elektroautos im Winter und im Sommer noch mehr fordern kann.

Ich verstehe die Bedenken bezüglich Winterdienst. Dabei möchte ich aber darauf hinweisen, dass es sich hier um das erste elektrisch betriebene Fahrzeug unter ganz vielen Winterdienstfahrzeugen handelt. Also auch das überlegte sich der Werkhof. Es wurde nicht einfach so entschieden, weil der Schär jetzt ein Elektrofahrzeug will. Der Werkhof erstellte ganz klar ein Pflichtenheft, schaute es mit dem Hersteller an, holte Referenzen ein und genauso funktionierte es. Ich würde viele Bedenken in Sachen Winterdienste verstehen, wenn wir nur noch Elektrofahrzeuge hätten. Dann ist es eine gute Frage, wie man die Fahrzeugtüchtigkeit sicherstellt, wie man auch Themen bei der Feuerwehr sicherstellt, wie die Ladung bei einem Blackout funktioniert und so weiter. Aber wir reden hier von einem einzigen Fahrzeug als Teil von ganz vielen Fahrzeugen. Gleichzeitig erinnere ich daran, dass auch viele andere Dienstleister oder Tiefbauer für uns arbeiten und dabei noch viele andere Fahrzeugen im Einsatz stehen. Ich bin jetzt ein bisschen zynisch, aber auch wenn einmal ein Fahrzeug ausfällt, müsst ihr keine Angst haben, dass der Schnee nicht weggeräumt wird. Somit kommt es nicht auf dieses eine Fahrzeug darauf an, zumal wir auch jederzeit die Redundanz sicher zu stellen haben, weil auch ein Diesel-Fahrzeug für den Winterdienst irgendeinmal ausfallen kann. Deshalb kann ich diese Bedenken wirklich negieren und ich bitte euch wirklich, da ein bisschen mutig zu sein, vorzugehen und diesen Berechnungen zu glauben. Ansonsten bitte ich die Leute, die immer wieder etwas anderes behaupten, aufzuzeigen, was denn falsch ist, weil wir uns sehr gerne verbessern und es dann halt auch anders machen.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, damit können wir zur Abstimmung kommen. Die erste Abstimmung wird über den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion geführt. Wer der Rückweisung, wie sie von der SVP gefordert wird, zustimmen will, zeigt das mit der Karte. Wer das Geschäft nicht zurückweisen will, zeigt es jetzt mit der Karte. Wer sich in dieser Frage enthalten möchte, hält jetzt die Karte in die Höhe.

Abstimmung über den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion

10 Ja für den Rückweisungsantrag

28 Nein gegen den Rückweisungsantrag: abgelehnt

0 Enthaltungen

Wir stimmen in diesem Fall über den Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussentwurf Ziffer 1 bis Ziffer 3 ab. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussentwurf Ziffer 1 bis Ziffer 3 zustimmen will, zeigt das jetzt mit seiner Stimmkarte. Wer den Antrag des Gemeinderates ablehnt, zeigt das jetzt mit der Stimmkarte. Danke. Wer enthält sich der Stimme in dieser Frage?

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 27 Stimmen Ja gegen 9 Stimmen Nein bei 2 Enthaltungen:

- 1. Der Ersatz des Kommunalfahrzeuges Ladog T 1550 durch ein neues Fahrzeug wird genehmigt.**
- 2. Der für die Beschaffung des neuen Kommunalfahrzeuges erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 400'000.00 (inkl. MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3050.5060.25 "Ersatzbeschaffung für Kommunalfahrzeug Ladog T1550", bewilligt.**
- 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



3. Feuerwehr: Ersatzbeschaffung Einsatzleitfahrzeug; Genehmigung und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Damit fahren wir weiter mit Traktandum Nr. 3: Feuerwehr: Ersatzbeschaffung eines Einsatzleitfahrzeugs mit Genehmigung und Kreditbewilligung. Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall und somit stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir kommen zur Beratung. Die Berichterstattung erfolgt durch Gemeinderat Martin Lerch, Ressortvorsteher öffentliche Sicherheit.

Gemeinderat Martin Lerch (SVP): Merci Herr Stadtratspräsident, liebe Stadträtinnen und Stadträte, geschätzte Gäste, ich freue mich, dass ich euch ein weiteres Kommunalfahrzeug vorstellen darf. Konkret geht es um die Ersatzbeschaffung des Einsatzleitfahrzeugs der Feuerwehr. Es geht um die Genehmigung der Beschaffung an sich und natürlich auch um die Kreditbewilligung. Ihr konntet die umfangreichen Unterlagen im B & A entsprechend anschauen.

Trotzdem erlaube ich mir, in der Ausgangslage noch auf gewisse Punkte hinzuweisen und diese zu erwähnen. Das zu ersetzende Fahrzeug ist in die Jahre gekommen. Es ist noch nicht gerade ein Oldtimer, aber es ist 17-jährig. Es ist beim Arbeiten mit Papier, mit Folien, oder mit Karten noch voll auf Analogie ausgelegt und heute dominiert halt einfach das digitale Zeitalter. Wir reden auch hier von datengeschütztem Management im Einsatz. Digitales Arbeiten ist zwingend, es

geht auch um Einsatzpläne, es geht um Gefahrgutachten, um Datenbanken, die man in Echtzeit abrufen können muss und es geht um Hydranten-Standorte und Ähnliches. Der Einsatzwert dieses Fahrzeugs ist infolge von technischen, aber auch räumlichen und personellen Entwicklungen nicht mehr zeitgemäss und viel zu gering. Es enthält eine veraltete Technik und Infrastruktur und es ist auch nur ein Büroarbeitsplatz vorhanden. Wir reden heute aber von einem Führungsunterstützungsteam, das hier arbeiten und zusammenarbeiten muss und das Ganze ist natürlich auch im Investitionsplan für 2026 entsprechend eingestellt.

Das künftige, hier abgebildete Fahrzeug entspricht nicht genau dem zu beschaffenden, sondern ist nur typenähnlich. Wie erwähnt geht es eben darum, eine digitale Arbeitsweise zu ermöglichen und mehr Innenraum für Arbeitsplätze und Besprechungen zu schaffen. Auch die Kopffreiheit ist da wesentlich besser und umfangreicher, ohne dass man sich im Fahrzeug immer nur in gebückter Haltung aufhalten muss. Das neue Fahrzeug ist auch mit einer Klimaanlage ausgestattet, was im Hochsommer, gerade im Zeitalter

des Klimawandels, durchaus eine Rolle spielt. Es hat auch genügend Stauraum für Material, es ist einsehbar und der Arbeitsbereich kann bei Bedarf auch abgeschildert werden. Es ist sogar möglich, dass das Fahrzeug mit Drohnen bestückt werden kann, wovon ich fest überzeugt bin, dass dies in Zukunft auch in diesem Bereich von Bedeutung sein wird, aber in diesem Kredit noch nicht enthalten ist.

Ausgangslage – zu ersetzendes Fahrzeug



Gemeinderat Martin Lerch, Ressortvorsteher öffentliche Sicherheit

11.05.2026

2

- Jahrgang 2009 = 17-jährig
- Auf analoges Arbeiten ausgelegt (Papierlisten, Karten, etc.)
- Heute: **Datengestütztes Management im Einsatz:** Digitales Arbeiten zwingend (Einsatzpläne, Gefahrgutdatenbanken, Hydrantenpläne, etc.)
- Einsatzwert infolge technischer, räumlicher und personeller Entwicklungen heute gering
- **Veraltete Technik und Infrastruktur:** Feuerwehrtechnische Einbauten nicht mehr zeitgemäss
- Nur ein Büroarbeitsplatz, keine Kopffreiheit
- Zu wenig Platz für Arbeiten und Material der neuen Gruppe "Führungsunterstützung"
- Investitionsplan im Jahr 2026 für Fr. 250'000.00

Künftiges Fahrzeug

Vorteile

- **Digitale Arbeitsgeräte:**
 - Laptop,
 - Drucker,
 - Bildschirme, Internetzugang, WLAN
- Mehr Innenraum für Arbeitsplätze und Besprechungen
- Höheres Fahrzeug = Kopffreiheit
- Klimatisierbar für längere Einsätze
- Genügend Stauraum für Material
- Einsehbarkeit des Arbeitsbereichs kann abgeschildert werden
- Drohne nachrüstbar



(ähnliches Modell)

Gemeinderat Martin Lerch, Ressortvorsteher öffentliche Sicherheit

11.05.2026

3



Der Einsatzzweck in der Zukunft ist eigentlich nicht grundsätzlich anders, das ist ja klar. Das Fahrzeug braucht man bei grossen Einsätzen, bei mittleren Einsätzen und man braucht es vor allem bei Einsätzen von Sonderstützpunkten, sei das Chemie, Ölwehr und das heisst, vor allem auch bei längeren Ereignissen, wo man vor Ort bleiben muss. Es bietet Transportmöglichkeiten für Mannschaft und Offiziere und wir haben auch ein Fahrzeug, das rasch vor Ort sein kann. Es ist in dem Sinne das zweite Einsatzleitfahrzeug. Man kann es sogar auch an umliegende Feuerwehren herausgeben. Wenn diese einen längeren Einsatz zu bewältigen haben, kann man es zusammen mit dem Führungsunterstützungsteam auch anderen Feuerwehren zur Verfügung stellen.

Hier zeige ich einfach einen Einblick, wie das aussehen könnte. Das ist so ein Arbeitsplatz als Besprechungs- und Arbeitsplatz. Auf dem von euch aus gesehen rechten Bild ist ein Funktisch mit Fahrerkabine zu erkennen.

Im Aussenbereich kann für die Einsatzleitung ein Sichtschutz installiert werden. Auch analoges Arbeiten wäre möglich, falls auch einmal ein Blackout in diesem Bereich stattfinden sollte. Auch das Heck ist entsprechend bestückt, was ihr ganz rechts seht.

Einsatzzweck in Zukunft



(ähnliches Modell)

Standort und Arbeitsbereich Einsatzleitung und Führungsunterstützung bei Einsätzen wie bisher.

- Brand "gross", teilweise "mittel"
- Einsätze als Sonderstützpunkt, Chemie- oder Ölwehreignissen
- Div. grössere und längere Ereignisse
- Transportfahrzeug für weitere Offiziere
- 2. Einsatzleiterfahrzeug

Zusätzlich
Fahrzeug und Gruppe "Führungsunterstützung" kann von anderen Organisationen im Oberaargau genutzt werden. (Einsatz als Sonderstützpunkt oder nachbarschaftliche Hilfeleistung)

Gemeindeamt Wörten-Lench, Ressourcenzentrale Öffentliche Sicherheit

11.05.2026

4

Details Ausbau



Innen: Besprechungs- und Arbeitstisch



Innen: Funktisch und Fahrerkabine

Gemeindeamt Wörten-Lench, Ressourcenzentrale Öffentliche Sicherheit

11.05.2026

5

Details Ausbau



Aussenbereich Einsatzleitung mit Sichtschutz



Aussenbereich analoge und digitale Möglichkeiten



Heckausbau

Gemeindeamt Wörten-Lench, Ressourcenzentrale Öffentliche Sicherheit

11.05.2026

6



Zum Schluss führe ich hier nochmals die Argumente auf und möchte die aus meiner Sicht wichtigsten Aspekte für die Beschaffung mit einer Art Fazit unterstreichen, um was es geht: Es geht darum, die Führungsfähigkeit der Feuerwehr bei komplexen Einsätzen auch in Zukunft sicherzustellen. Konkret geht es um die Steigerung von Einsatzeffizienz und Einsatzwert. Es geht auch darum, die Schlagkraft unserer Feuerwehr und damit natürlich auch den Schutz der Bevölkerung, was ja keinen Selbstzweck dar-

stellt, zeitgemäss sicherzustellen und zu garantieren, damit man quasi State of the Art ausgerüstet ist. Ohne die hochmodernen digitalen Tools stellt der Einsatz des Altfahrzeugs ein Risiko dar, wenn man dieser Beschaffung nun nicht zustimmen würde. Es schafft auch Redundanz zwischen Funk und elektronischen Tools, die man beizieht, dass man da rasch reagieren und optimal arbeiten kann.

Wir hörten bereits vorher zur Beschaffung von Kommunalfahrzeugen, dass die Auswahl nicht sehr gross ist, was auch zutrifft; insbesondere dann, wenn noch solche Spezifikationen dazukommen. Dazu holte man zuerst eine Richtpreisofferte ein, worauf im Einladungsverfahren drei Anbieter eingeladen wurden. Einer davon unterbreitete gar kein Angebot, ein anderer konnte die Spezifikationen nicht erfüllen, so dass auch hier am Schluss nur ein Anbieter übrigblieb. Man prüfte auch hier einen alternativen Antrieb, der aber in diesem spezifischen Fall gegenüber einer herkömmlichen Variante 80% teurer ausgefallen wäre. Das führte dann dazu, dass man gemäss TCO bei rund 32% Mehrkosten landete, weshalb wir hier eben die Beschaffung eines konventionellen Fahrzeugs beantragen. Auf dem Behördenweg beschäftigten sich im März dieses Jahres die KöS¹ und die Finanzkommission mit dieser Beschaffung. Sie stimmten beide ohne eigene Anträge zu und auch der Gemeinderat stimmte ohne Abänderungen zu.

Und darum beantrage ich euch im Namen des Gemeinderates, den Beschlussentwurf, den ihr hier seht, zum Beschluss zu erheben. Besten Dank.

Argumente für die Beschaffung & Fazit

- **Führungsfähigkeit** der Feuerwehr bei komplexen Einsätzen auch in Zukunft sicherstellen (Steigerung Einsatzeffizienz und Einsatzwert)
- Es geht um die **Schlagkraft der Feuerwehr** und um den Schutz der Bevölkerung mit einem zeitgemässen Einsatzleitfahrzeug («state of the art»)
- Ohne die hochmodernen, digitalen Tools stellt das Altfahrzeug im Einsatz ein **Risiko** dar
- Neufahrzeug schafft Redundanz in Echtzeit
- Auswahl bei Kommunalfahrzeugen gering (Spezifikation)
- Richtpreisofferte, Einladungsverfahren (Schwellenwert ohne Mehrwertsteuer)
- Alternativer Antrieb geprüft (80% teurer als die herkömmliche Variante). TCO: +32.7% auf Lebensdauer

Gemeinderat Martin Lech, Ressortleiter öffentliche Sicherheit

11.05.2026

7

Beschlussentwurf

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61 Abs. 2 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes vom 1. April 2026 beschliesst:

1. Die Beschaffung eines neuen Einsatzleitfahrzeugs wird genehmigt.
2. Der für die Beschaffung des neuen Einsatzleitfahrzeugs erforderliche Verpflichtungskredit von Fr. 260'000.00 wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 4400.5060.25 "Ersatz Einsatzleitfahrzeug", bewilligt.
3. Ein allfälliger Verkaufserlös des alten Einsatzleitfahrzeugs wird dem Konto 4400.6160.25 "Ersatz Einsatzleitfahrzeug Vito; Erlös Verkauf altes Einsatzleitfahrzeug" gutgeschrieben.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Gemeinderat Martin Lech, Ressortleiter öffentliche Sicherheit

11.05.2026

8

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke vielmals, Gemeinderat Martin Lech. Möchte sich die GPK zu Wort melden? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Fraktionssprecherinnen, Fraktionssprecher? Für die SVP-Fraktion spricht Gabriela Lingg-Zaugg.

¹ KöS = Kommission für öffentliche Sicherheit



Stadträtin Gabriela Lingg-Zaugg (SVP): Geschätzter Stadtratspräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, als erstes möchte ich mich im Namen der SVP-Fraktion einmal ganz herzlich für all die unermüdlichen, engagierten Einsätze, die ihr leistet, bedanken, und ihr dabei immer für alle grösseren und kleineren Geschehnisse, die hier in und um Langenthal passieren, auf Abruf seid. Wir sind sehr froh, sorgt ihr jederzeit für die Sicherheit. Herzlichen Dank. Gut, das meiste zum Fahrzeug hörten wir ja bereits. Es ist absolut nötig, dass die Feuerwehr ein neues Einsatzleitfahrzeug bekommt, da das alte wirklich nicht mehr zeitgemäss ist. Es ist alles analog ausgerichtet, drinnen kann man nur in Papierform arbeiten und es verfügt nur über einen Arbeitsplatz. Und so wie das neue Fahrzeug daherkommen soll, stelle ich mir das eigentlich vor wie ein fahrendes, voll ausgestattetes Büro mit allen digitalen und technischen Möglichkeiten, mit grossen Bildschirmen, mit einem Drucker und der Möglichkeit, alles sofort und in Echtzeit digital besprechen zu können, indem das ganze Einsatzleitungsteam zusammen am gleichen Ort mobil unterwegs sein kann. Dadurch kann eine moderne Einsatzleitung gewährleistet werden. Das Modell, das hier vorgestellt wird, überzeugt mit all seinen technischen und ansonsten definierten Bereichen und ist jederzeit und über eine lange Dauer einsatzfähig. Darum unterstützen wir als SVP-Fraktion das Geschäft. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank. Nun folgt Jana Fehrensens als Sprecherin für die FDP/jll/L49-Fraktion.

Stadträtin Jana Fehrensens (FDP): Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Anwesende, auch meine Fraktion befasste sich intensiv mit der Beschaffung des neuen Einsatzleitfahrzeugs. Wir sprechen hier über ein Fahrzeug, das 17 Jahre alt ist und 2009 in Betrieb genommen wurde. Das sind genau zwei Jahre nach Erscheinen des ersten iPhones. Ganz ehrlich, keiner von uns könnte heute noch effizient mit dem iPhone der allerersten Generation arbeiten, aber genau das erwarten wir derzeit von unserer Feuerwehr. Dieses Fahrzeug ist in einer zunehmend digitalen Welt vollständig auf eine analoge Arbeitsweise ausgelegt. Das ist schlichtweg nicht mehr zeitgemäss und erschwert die Arbeit der Einsatzkräfte erheblich. Wir vollziehen hier einen Sprung von einem Notizblock zu einem Smartphone. Wir prüften in der Fraktion genau, welche Kriterien bei der Evaluation berücksichtigt wurden. Dabei wurde deutlich, dass Aspekte wie Antriebsart, Nachhaltigkeit, Weiterverkauf des Fahrzeugs sorgfältig bedacht wurden. Eine Frage blieb noch offen, inwieweit auch andere Automarken in die Evaluation einbezogen und geprüft wurden. Uns ist aber bewusst, dass Feuerwehrfahrzeuge sehr spezifische Anforderungen erfüllen müssen, die nicht jede Marke anbieten kann. Meine Fraktion wird sich daher einstimmig für die Beschaffung des neuen Einsatzleitfahrzeugs aussprechen. Wir sind nämlich überzeugt, dass jede Investition in die Feuerwehr eine Investition in unsere eigene Sicherheit ist. Und Menschen, die bereit sind, ihr Leben für unsere Sicherheit einzusetzen, verdienen Werkzeuge, die auf dem neuesten Stand sind und ihnen ihre anspruchsvolle Arbeit ermöglichen. Zuletzt möchte ich mich in meinem eigenen Namen und auch im Namen unserer Fraktion bei den anwesenden Feuerwehrleuten und insgesamt bei der Feuerwehr für ihre wertvolle Arbeit und ihren unermüdlichen Einsatz zum Schutz unserer Bevölkerung bedanken. Wir werden diese Anschaffung einstimmig befürworten. Vielen Dank.

Stadträtin Murielle Schärer (GLP): Geschätzte Anwesende, unsere Fraktion bedauert, dass nach wie vor auf Diesel gesetzt werden muss, haben aber im Hinblick auf das Kosten/Nutzen-Verhältnis auch absolut Verständnis für den Entscheid. Weiter wünschten wir uns, dass ein gewisser Wettbewerb unter den Anbietenden stattfinden könnte und man auch wirklich eine Wahl hätte. Doch viel wichtiger ist, dass unsere Feuerwehr gut ausgerüstet ist. Wir sind sehr dankbar dafür, dass es Leute gibt, die sich freiwillig für so eine wichtige Aufgabe engagieren. Sie setzen dabei teilweise ihr eigenes Leben aufs Spiel, um andere zu retten. Wenn wir sie hier mit einer guten Ausrüstung unterstützen können und auch sie von der Digitalisierung profitieren können, ist jeder Franken gut investiert. Wir unterstützen diesen Antrag darum ebenfalls einstimmig. Vielen Dank.

Stadtrat Sandro Baumgartner (SP): Liebe alle, liebe Anwesende der Feuerwehr, die SP/GLP-Fraktion wird diesem Antrag einstimmig zustimmen. Wie schon beim Werkhof verdient ihr nur das Beste an Werkzeugen, an Fahrzeugen, denn euer Einsatz ist unterbezahlt. Auch darum solltet ihr nur die besten Möglichkeiten



haben, wenn wir dort etwas machen können. Alles das, was ihr leistet, können wir gar nicht genug wertschätzen. Merci vielmals für das. Wir konnten das auch vor Ort anschauen, als wir die Feuerwehr mit der SP-Fraktion besuchen gingen und sagen mussten, zum Glück hat Langenthal eine freiwillige Feuerwehr, die so gut ausgerüstet und so gut organisiert ist. Darum braucht es ein gutes Fahrzeug für die beste Feuerwehr in der Umgebung. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Damit liessen sich alle Fraktionen vernehmen. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beratung geschlossen. Wünscht der Gemeinderat noch ein Schlusswort? Nein, das wünscht auch er nicht. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussentwurf Ziffer 1 bis Ziffer 4 zustimmen will, zeigt das jetzt mit seiner Stimmkarte. Wer den Antrag ablehnen möchte, zeigt es jetzt. Wer sich in dieser Frage enthält, hält jetzt die Stimmkarte in die Höhe.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen (einstimmig):

- 1. Die Beschaffung eines neuen Einsatzleitfahrzeugs wird genehmigt.**
- 2. Der für die Beschaffung des neuen Einsatzleitfahrzeugs erforderliche Verpflichtungskredit von Fr. 260'000.00 wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 4400.5060.25 "Ersatz Einsatzleitfahrzeug", bewilligt.**
- 3. Ein allfälliger Verkaufserlös des alten Einsatzleitfahrzeugs wird dem Konto 4400.6160.25 "Ersatz Einsatzleitfahrzeug Vito; Erlös Verkauf altes Einsatzleitfahrzeug" gutgeschrieben.**
- 4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



4. Teilrevision des Abfallreglements (Änderung der Art. 1 bis 5, 7, 10, 12 bis 15, 15a [neu], 15b [neu], 15c [neu], 16 bis 22 sowie 24 und 25 sowie T1-1 [neu]): Genehmigung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 4 mit der Genehmigung der Teilrevision des Abfallreglements anhand von Änderungen von verschiedenen Artikeln, dem Einfügen von neuen Artikeln sowie einer neuen Schlussbestimmung. Ist das Eintreten zu diesem Geschäft bestritten? Aufgrund der fehlenden Opposition stelle ich fest, dass es stillschweigend genehmigt ist.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Damit kommen wir zur Beratung. Das Wort hat erneut Vizestadtratspräsident Michael Schär, Ressortvorsteher für Ver- und Entsorgung, Energie, Umweltschutz und Tiefbau.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Vielen Dank. Es geht um das Abfallreglement, das schon über 10-jährig ist. Dannzumal wurde aber eigentlich auch nur eine kleine Teilrevision gemacht. Man passte dann die Bandbreite an, sodass der grösste Teil des jetzigen Reglements somit noch viel älter ist. In dieser Zeit änderte sich das übergeordnete Recht. Was aber noch viel wichtiger ist und vor allem der Auslöser für die Anpassung war, betrifft die Spezialfinanzierung, die massiv ins Minus geriet und wir deshalb sanierungsverpflichtet sind und diese Spezialfinanzierung bis in acht Jahren saniert haben müssen. Wir trafen dazu schon verschiedene Massnahmen, nahmen Sparmassnahmen in Angriff und optimierten die Routen. Daneben schrieben wir verschiedenste Sachen, die wir einkaufen, neu aus und konnte dabei auch Einsparungen vornehmen. Aber wir kommen nicht darum herum, dass wir auch auf der Gebührensseite etwas machen müssen. Wie ihr bereits den Medienmitteilungen wie auch dem Anzeiger entnehmen konntet, wurden bereits die Abfallgebühren, also die Sackgebühren angepasst und auch bei den Grundgebühren gab es bereits vor mehr als einem Jahr eine Anpassung. Bei den Grundgebühren ist es aber so, dass wir jetzt damit am Plafond sind und dies leider noch nicht ausreicht, damit wir die Spezialfinanzierung schnell sanieren können. Darum müssen wir dort noch einmal etwas machen und deshalb beinhaltet dies auch nochmals ein entsprechendes Begehren, dass wir darüber die Diskussion führen müssen.

Natürlich packten wir nun die Chance und passten, wie schon gesagt, auch diverse andere Sachen wie eben die Angleichung an das übergeordnete Recht an. Wir machten aber das Reglement auch insofern fit, indem es künftig möglich sein könnte, Gebührensäcke einzuführen. Dies begründen wir damit, dass es leider immer wieder Bürgerinnen und Bürger gibt, die keine Marken auf die Abfallsäcke kleben, was dann für den Werkhof extrem schwierig zu erkennen ist, weil dabei jeder Abfallsack umgedreht werden muss, bis man den Kleber findet. Wenn es eben einen Gebührensack geben würde, dann kann man den so gestalten, dass man sofort sieht, ob das ein Langenthaler Sack oder sonst irgendein Sack ist und kann dem dann auch entsprechend nachgehen. Dazu nahmen wir auch gewisse Anpassungen vor, damit wir diesen Abfallsünden besser nachgehen können und wir auch dabei rechtlich gut aufgestellt sind.

Weiter schufen wir Grundlagen, damit wir die Kunststoffsammlung dann einmal definitiv einführen können. Das ist ja momentan ein Pilot, den wir für drei Jahre am Laufen haben und wir erst am Sammeln erster Erfahrungen sind. Mein persönlicher Wunsch wäre es natürlich, falls es dann rentiert, dass wir irgendwann auch den Kunststoff wie den Normalabfall bei den Leuten zu Hause abholen, so dass die Leute dann nicht mehr an eine Sammelstelle gehen müssen, sondern sie auch den Service haben, dass der Kunststoff zu Hause abgeholt wird. Aber dazu muss natürlich zuerst eine kritische Menge erreicht werden, damit wir das auch anbieten können. Dann nahmen wir noch Anpassungen bezüglich der Öffnungszeiten der separaten Sammelstellen für Glas und Alublech vor, damit diese sauber verankert sind und wir auch dort auf "Sünder" losgehen können, weil es auch hier immer wieder zu Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern kommt, da eben auch ausserhalb der vorgesehenen Zeiten entsorgt wird. Wir stellten das ganze Reglement mit der Verordnung auch dem Preisüberwacher zur Begutachtung zu. Der Preisüberwacher äusserte sich dann auch dazu. Auf seinen Wunsch hin baute man nachher auch eine Staffelung ein, sodass KMU's bis 300 Stellenprozente einen Antrag stellen können, dass sie von dieser Grundgebühr ausgenommen werden oder ihnen



die erlassen wird. Das wäre es im Groben. Es gibt noch paar andere Anpassungen, aber da verzichte ich jetzt, das auch noch vorzustellen. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank. Dann kommen wir zur Berichterstattung der GPK mit GPK-Präsidentin Corinna Grossenbacher.

Stadtratsvizepräsidentin Corinna Grossenbacher (SVP): Werter Herr Stadtratspräsident, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, anlässlich der GPK-Sitzung orientierte uns Vizestadtpräsident Michael Schär entsprechend so wie heute auch, und gleichwohl ergaben sich bei der GPK ein paar Fragen. Die erste Frage war, weshalb der Gemeinderat die Streichung von Art. 15b entgegen den Anträgen von zwei Kommissionen ablehnte. Der GPK war es dabei nicht klar, welche Überlegungen sich der Gemeinderat machte, namentlich angesichts des Verhältnisses zwischen dem erforderlichen Aufwand für die Prüfung und dem daraus resultierenden Ertrag. Zudem fehlte dazu das Gemeinde ratsprotokoll der Sitzung vom 1. April 2026, so wie es in den Unterlagen angekündigt wurde. Die Antwort von Vizestadtpräsident Michael Schär war, dass die Finanzkommission entgegen den beiden anderen Kommissionen beantragte, dem Preisüberwacher zu folgen und die Bestimmung aufzunehmen. Der Gemeinderat gewichtete es dabei höher, dem Preisüberwacher zu folgen.

Was soll die Wirkung der Streichung von Art. 5 Abs. 3 sein? Grundsätzlich ist das Verbrennen von kleinen natürlichen Abfällen ohne grosse Umweltbelastung gemäss übergeordneter Gesetzgebung erlaubt. Soll dies so bleiben, aber nicht mehr explizit darauf hingewiesen werden oder soll es verboten werden? Die Antwort von Vizestadtpräsident Michael Schär war, dass es die Idee war, dies gemäss der übergeordneten Gesetzgebung weiterhin zu erlauben. Daneben stellte die Sekretärin der GPK die Frage, weshalb Art. 22 für die Einführung von Gebührensäcken angepasst werden muss und ob eine ausreichende gesetzliche Grundlage für die spätere Einführung von speziellen Gebührensäcken besteht? Die Antwort von Vizestadtpräsident Michael Schär lautete, dass auch die Marken bislang nur in Art. 22 erwähnt werden. Und nach entsprechenden Abklärungen reicht die Grundlage im Reglement aus, damit die Pflicht auf Verordnungsstufe, die Abfälle in speziellen gebührenpflichtigen Säcken bereitzustellen, gleich wie bisher die Marken eingeführt werden kann. Das waren die Fragen, die wir stellten. Die Geschäftsprüfungskommission stellte im Anschluss der Diskussion die formelle Richtigkeit der Vorlage fest. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ich danke für die Berichterstattung. Im Rahmen der allgemeinen Beratung kommen wir nun zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern. Das heisst, Anträge, die ihr in der Detailberatung stellen wollt, könnt ihr gerne ankündigen, aber müsst sie jetzt noch nicht im Detail begründen. Welcher Fraktionssprecherin, welchem Fraktionssprecher darf ich das Wort geben? Roland Sommer für die SVP-Fraktion.

Stadtrat Roland Sommer (SVP): Geschätzter Stadtratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Teilrevision eines alten Reglements macht absolut Sinn. Mit einer Teilrevision des Abfallreglements sollte unter anderem eine Reduktion der Grundgebühr für Kleinstunternehmen eingeführt werden. Betriebe mit maximal 300 Stellenprozent könnten künftig auf Gesuch hin von einer tieferen Gebühr profitieren. In diesem Zusammenhang stellt die SVP-Fraktion zusammen mit der FDP/jll/L49-Fraktion den Antrag auf die Streichung von Art. 15b. Wir anerkennen zwar das Anliegen der Entlastung von kleineren Betrieben, kommen jedoch zum Schluss, dass der finanzielle Nutzen in keinem angemessenen Verhältnis zum zusätzlichen administrativen Aufwand steht. Die Verwaltung müsste die Gesuche prüfen, Stellenprozente kontrollieren, Fristen überwachen und periodische Erneuerungen bearbeiten. Da die Differenz zwischen der Grundgebühr für Haushalte und für Betriebe vergleichsweise gering ausfällt, wird die Belastung für Unternehmen als zumutbar erachtet. Mit der Streichung soll deshalb eine einfache, klare und administrativ schlanke Regelung beibehalten werden. Wir hoffen, dass ihr unserem Antrag zustimmt.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank. Weitere Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Fabian Fankhauser für die GLP/EVP-Fraktion.



Stadtrat Fabian Fankhauser (GLP): Geschätzte Anwesende, auch wir anerkennen den vorhandenen Handlungsbedarf und sind mit dem Reglement zufrieden, so wie es hier vorliegt. Und ich kann gleich vorwegnehmen, dass wir dem einstimmig zustimmen werden. Zum vorhin gestellten Antrag nehme ich auch sogleich Stellung und werde nicht noch einmal ans Mikrofon schreiten. Dazu werden sich unsere Stimmen aufteilen. Wir haben da selber auch noch einen Antrag. Ihr konntet die Begründung dazu lesen, was ich auch nicht noch einmal begründen werde. Ansonsten ist zum Ganzen noch zu sagen, dass man es vielleicht auch noch nach Haushaltsgrösse, also nach Anzahl der Zimmer der Wohnung oder der Fläche der Wohnung hätte gestalten können, so wie es auch andere Städte machen, damit es ein bisschen fairer wäre. Es handelt sich aber um kleine Beträge. Insofern können wir mit dem leben, dass es jetzt so gemacht wurde. Ich sagte es bereits mehrmals in der Kommission, dass es mir lieber gewesen wäre, wenn man einen tieferen Grundbetrag hätte, dafür aber höhere Sack- oder Klebergeühren, einfach um dem Verursacherprinzip ein bisschen mehr Rechnung zu tragen. Das stiess leider nicht auf Gehör, aber auch damit können wir leben. Wir werden einstimmig zustimmen.

Stadträtin Claudia Fuhrer Uebersax (FDP): Werte Kolleginnen und Kollegen, wie ihr es zuvor hörtet, stellen wir zusammen mit der SVP den entsprechenden Antrag auf Streichung von Art. 15b. Sonst sind wir zufrieden mit dem Reglement und werden dem zustimmen. Mehr muss ich glaube ich nicht dazu sagen.

Stadträtin Päivi Lehmann (SP): Geschätzter Herr Stadtratspräsident, geschätzte Anwesende, auch wir diskutierten die Teilrevision des Abfallreglements und werden dieser auch wie vorliegend zustimmen. Ich nehme es an dieser Stelle auch schon gerade vorweg. Den Antrag der SVP- und FDP-Fraktion diskutierten wir zwar in unserer Fraktion nicht, jedoch tendieren wir hier zu einer Ablehnung. Die Antragstellenden argumentieren hier unter anderem mit dem hohen administrativen Aufwand. Um uns dazu ein noch ein etwas klareres Bild zu machen, möchten wir vom Gemeinderat noch gerne wissen, ob man abschätzen kann, wie viel mehr Aufwand das bedeuten würde? Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank. Sind im Rahmen der allgemeinen Beratung noch Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher, die hier sprechen möchten? Vizestadtratspräsident Michael Schär, willst du die Frage direkt beantworten? Halt, Entschuldigung, da gibt es noch ein Votum eines Einzelsprechers. Bitte, Patrick Jordi (FDP).

Stadtrat Patrick Jordi (FDP): Werter Herr Stadtratspräsident, liebe Anwesende, Wenn alle ihren Antrag bereits vorwegnehmen, komme ich jetzt halt auch gleich mit meinem Votum dazu.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Möchtest du zu diesem Antrag reden? Redet doch bitte zu dem jeweiligen Antrag, wenn wir uns in der Detailberatung befinden.

Stadtrat Patrick Jordi (FDP): Ich dachte nur, dass, wenn es jetzt alle schon vorwegnahmen, dann komme ich auch.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Du kannst ihn dann begründen, wenn wir über diesen Artikel beraten. Aber ja, also gut, komm, rede dazu.

Stadtrat Patrick Jordi (FDP): Ich mache es gerne nachher, Diego, du kannst mir jetzt sagen, was du bevorzugst.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ich fände es schön, wenn wir dann zu den Artikeln reden, wenn der entsprechende Artikel auch zur Diskussion steht. Dann reden wir nämlich alle zusammen immer über dasselbe Thema und damit können wir dann wahrscheinlich eine strukturiertere Beratung durchführen.

Stadtrat Patrick Jordi (FDP): Dann komme ich nachher noch einmal, danke.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank, Patrick. Michael Schär, kannst du die Frage beantworten? Du kannst gerne zuerst einmal die Frage beantworten und wenn du zum Schluss der allgemeinen Beratung noch etwas sagen willst, dann hast du im Rahmen deines Schlussworts die Möglichkeit, sofern nicht jemand nochmals eine Zwischenfrage stellt. Merci.



Gemeinderat Michael Schär (FDP): Zu der Frage wegen der Abschätzung des Aufwands, kann ich nur sagen, dass ihr ja saht, dass angedacht ist, dass dies auf Gesuch hin passiert. Und es ist natürlich extrem schwierig zu sagen, wie viele solch ein Gesuch stellen werden oder nicht. Wir gehen nicht davon aus, dass extrem viele Gesuche gestellt werden. Aber das ist natürlich extrem schwierig abzuschätzen. Darum gehen wir davon aus, dass es bewältigbar ist. Aber es kann sein, dass ich komplett falsch liege. Ich kann es euch nicht sagen, gibt es doch ganz viele Kleinstunternehmen in dieser Stadt, die davon betroffen sein könnten. Wichtig darauf hinzuweisen ist aber auch, dass wir nicht genau wissen, wie viele Kleinstunternehmen es sind. Wir suchten ja sehr lange danach, ob es eine Behörde gibt, bei der man die Stellenprozente oder sonst irgendetwas melden muss, um einfach entsprechende Informationen beiziehen und die Leute automatisch befreien zu können. Das wäre eigentlich der Wunsch gewesen, wozu aber leider keine Informationen existieren, die verlässlich erfasst werden und nicht einfach irgendwie auf einer Statistik des Bundesamts für Statistik beruhen, die ich auch ein wenig in Frage stelle. Ich bekomme die Umfrage jeweils auch zugestellt und dabei stellt sich immer die Frage, ob man sie ausfüllt oder nicht. Darum gehe ich nicht wirklich davon aus, dass diese Angaben extrem verlässlich sind und sie müssten ja zu 100% verlässlich sein. Da wir dazu nichts haben, machen wir es eben auf Gesuch hin, was dann halt wieder aufwendiger, aber in unseren Augen bewältigbar ist.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ist die Frage damit beantwortet? Gut, danke vielmals. Wolltest du noch das Schlusswort zur allgemeinen Beratung?

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Ja, genau. Ich möchte noch etwas zum Verursacherprinzip sagen. Es ist so, dass der Gemeinderat und auch die Verwaltung beim Verursacherprinzip nicht noch eine höhere Belastung einsetzen wollten. Wenn man sich umschaute, so haben viele der anderen Gemeinden das sogenannte KEBAG jetzt kenova-System, bei dem die Sackgebühr wirklich extrem günstig ist, dafür die Jahresgebühr hoch ausfällt. Das wollen wir nicht, aber das führt natürlich zum Problem, dass gewisse Bürger, und da wissen wir, dass das so passiert, ihren Abfall in unseren Nachbargemeinden wie zum Beispiel in Lotzwil etc. entsorgen. Und nachher gibt es auch immer wieder diejenigen, die die Sackgebühren zu hoch finden und ihren Kehrriech in Einzelsäckchen in öffentlichen Abfallkübeln entsorgen. Ich weiss, dass es doof ist, entsorgen zu gehen und natürlich am schlimmsten ist es, wenn der Abfall einfach in den Wald geschmissen wird. Es ist tatsächlich so, dass wir das in Langenthal auch immer wieder erleben und der Werkhof irgendwo in einem Waldstück dazu gezwungen ist, ein Abfalldepot aufzuräumen. Und davor hatte man ein bisschen Respekt, sodass man die Belastung, die bei uns bereits hoch angesiedelt ist, nicht noch weiter erhöhen wollte und wir hier in meinen Augen ein gutes Verhältnis zwischen Sack- und Grundgebühr haben. Danke für ihre Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Damit ist die allgemeine Beratung abgeschlossen und wir kommen zur Detailberatung. Ich schlage vor, dass wir bei der Detailberatung artikelweise vorgehen, und zwar gemäss den Artikeln im Änderungsersass. Dabei rufe ich die Artikel auf, und wenn es Anträge gibt, können diese jetzt formuliert, gestellt, und wenn man will, auch noch begründet werden.

Art. 1 bis Art. 4

Bis und mit Art. 3 ohne Wortmeldung und beschlossen wie beantragt.

Art. 5

Hier meldet sich Pascal Dietrich (L49) zu Wort.

Stadtrat Pascal Dietrich (Liste 49): Ich stelle keinen Antrag, was ich schon zu Beginn sagte, aber ich möchte kurz zuhänden des Protokolls noch einmal Folgendes festhalten, was auch Corinna Grossenbacher als GPK-Sprecherin antönte. Mir ist wichtig, dass man es hier festhält und diese Aussage auch namentlich ins Protokoll aufgenommen wird. Mit dieser Streichung von Art. 5 Abs. 2 ändert die Stadt Langenthal nichts, sondern es bleibt alles genau gleich. Man will es einfach nicht mehr explizit festschreiben, damit niemand mehr explizit auf diesen Gedanken kommt. Ob das jetzt wirklich gescheit ist, sei dahingestellt, aber es ist ja so, dass in Art. 26b der Luftreinhalteverordnung auf eidgenössischer Ebene genau diese Formulierung auch



enthalten ist. Dort steht dann aber, dass die Behörden der Gemeinden eigentlich zwei Sachen machen können; sie können den Reglementstext entweder noch weiter fassen, indem sie nämlich in gewissen Einzelfällen auch das Verbrennen von nicht trockenen Wald-, Feld- und Gartenabfällen erlauben, oder sie können das Umgekehrte machen und das eben ganz verbieten. Und mir ist es einfach noch wichtig festzuhalten, dass hier Langenthal nicht das Umgekehrte macht mit dieser Streichung und es ganz verbietet, sondern es bleibt so wie es bislang geregelt war und wird einfach nicht mehr explizit erwähnt. Danke.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke für die Klarstellung. Gibt es weitere Bemerkungen? Ja, Murielle Schärer (GLP).

Art. 4

Stadträtin Murielle Schärer (GLP): Es ging mir vorher gerade ein bisschen zu schnell, da ich davon ausging, dass unser Antrag zu Art. 4 eingeblendet wird. Ich weiss nicht, ob ihr den vorbereitetet oder nicht? Das wäre unser Änderungsantrag zu Art. 4 Abs. 3. Und zwar geht es darum, dass es eigentlich in einem anderen Artikel ja auch klar definiert wird, was als Siedlungsabfälle gilt, was dann Unternehmen mit mehr als 25 Vollzeitstellen nicht miteinschliesst. Deshalb ist der Begriff "Siedlungsabfälle" hier nicht korrekt und wir empfehlen mit unserem Antrag eine entsprechend formelle Anpassung. Merci.

Antrag GLP / EVP-Fraktion zu Traktandum Nr. 4

Art. 4	
Abs. 3	
Entsorgung der Abfälle	Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe mit mehr als 250 Vollzeitstellen sind berechtigt, Siedlungsabfälle ihre Abfälle auf anderem Weg als nach Absatz 1 zu entsorgen oder entsorgen zu lassen. Betriebe, deren Abfälle sich nach Art oder Menge nicht für die öffentliche Entsorgung der Stadt eignen, können dazu verpflichtet werden, ihre Abfälle auf anderem Weg zu entsorgen oder entsorgen zu lassen.

Stadtsitzung 11. Mai 2026, Traktandum Nr. 4

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Im Rahmen eines Ordnungsantrags, den ich jetzt gerade gutheisse, kehren wir zu Art. 4 zurück.

Wir haben hier den eingeblendeten Antrag der GLP/EVP-Fraktion. Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? Von den Fraktionen nicht, von den Einzelsprechern nicht, aber vom Gemeinderat.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Ganz kurz, der Antrag macht Sinn, ich würde euch wirklich empfehlen, den anzunehmen, was zwar mit dem Gemeinderat nicht abgesprochen ist und ich wohl deshalb nicht hätte sagen dürfen.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann stimmen wir über den Antrag ab. Wer dem Antrag zur Änderung von Art. 4 Abs. 3 der GLP/EVP-Fraktion zustimmt, zeigt das mit der Karte. Wer die Änderung ablehnt, zeigt das jetzt mit der Karte. Wer sich in dieser Frage enthält, zeigt es jetzt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der GLP/EVP-Fraktion zu Art. 4 Abs. 3

38 Ja für die Änderung: einstimmig angenommen

0 Nein

0 Enthaltungen

Antrag GLP / EVP-Fraktion zu Traktandum Nr. 4

Art. 4 NEU	
Abs. 3	
Entsorgung der Abfälle	Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe mit mehr als 250 Vollzeitstellen sind berechtigt, ihre Abfälle auf anderem Weg als nach Absatz 1 zu entsorgen oder entsorgen zu lassen. Betriebe, deren Abfälle sich nach Art oder Menge nicht für die öffentliche Entsorgung der Stadt eignen, können dazu verpflichtet werden, ihre Abfälle auf anderem Weg zu entsorgen oder entsorgen zu lassen.

Stadtsitzung 11. Mai 2026, Traktandum Nr. 4



Art. 5

Gibt es hier ein Rückkommen zum Rückkommen. In diesem Fall ist er mit diesen Hinweisen beschlossen wie beantragt.

Art. 7 bis Art. 14

Ohne Wortmeldung und beschlossen wie beantragt.

Art. 15 bis Art. 15a

Ohne Wortmeldung und beschlossen wie beantragt.

Art. 15b

Jan Herzig (SVP) bittet um das Wort.

Stadtrat Jan Herzig (SVP): Wie vorhin schon von Roland Sommer angekündigt, legt die SVP-Fraktion zusammen mit FDP/jll/L49-Fraktion einen gemeinsamen Antrag zur Streichung dieses Artikels vor. Als Begründung wiederhole ich einfach noch einmal, dass sich die Differenz zwischen der Grundgebühr von Haushalten und Betrieben auf jährlich Fr. 110.00 beläuft, was unserer Meinung nach für Kleinunternehmen auch zumutbar ist. Gleichzeitig ist der administrative Aufwand anhand der möglicherweise eingereichten Gesuche im Moment zwar noch nicht abschätzbar, was ja auch Michael Schär bereits erwähnte, aber unserer Meinung nach unverhältnismässig hoch. Zudem gilt es die Verwaltung nicht unnötig zu belasten.

Antrag SVP-Fraktion und FDP / jll/ L49-Fraktion zu Traktandum Nr. 4

Art. 15b **Abs. 1–5**

Reduktion der Grundgebühren für Kleinunternehmen

- 1-Betriebe mit maximal 300 Stellenprozenten gelten als Kleinunternehmen. Auf – Gesuch hin wird für Kleinunternehmen die Grundgebühr für Haus-halte erhoben.
- 2-Das Gesuch ist jeweils bis zum 30. September beim Stadtbauamt einzureichen und entfaltet seine Wirkung ab dem nächsten Kalenderjahr. Nach dem 30. September eingereichte Gesuche entfalten ihre Wirkung erst ab dem über-nächsten Kalenderjahr.
- 3-Bewilligte Gesuche unterliegen einem fixen dreijährigen Erneuerungszyklus von drei Kalenderjahren. Ein bewilligtes Gesuch gilt für eine maximale Dauer von drei Kalenderjahren; jedoch längstens bis zum Ende des laufenden dreijährigen Erneuerungszyklus. Für die Weiterführung der Reduktion ist ein neues Gesuch bis spätestens zum 30. September vor Ablauf des jeweiligen Erneuerungszyklus einzureichen.
- 4-Der Betrieb ist verpflichtet, dem Stadtbauamt unverzüglich schriftlich mitzuteilen, wenn die beschäftigte Gesamtarbeitskapazität über 300 Stellen prozente ansteigt. In diesen Fällen hat der Betrieb ab dem folgenden Quartal die Grundgebühr für Betriebe zu entrichten. Sofern die Gesamtarbeitskapazität anschliessend wieder unter 300 Stellenprozente sinkt, hat der Betrieb ein neues Gesuch einzureichen.
- 5-Das Stadtbauamt ist berechtigt, von den Betrieben geeignete Nachweise zur Überprüfung der Angaben sowie Kontrolle der weiterhin bestehenden Anspruchsvoraussetzungen zu verlangen.

Stadtsitzung 11. Mai 2026, Traktandum Nr. 4

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Somit sind wir nun bei Art. 15b, wozu Du nun einen Antrag formuliert und auch begründet hast. Gibt es weitere Anträge zum Art. 15b? Gibt es Diskussionsbedarf zum Antrag von Art. 15b? Bitte schön, Patrick Jordi (FDP).

Stadtrat Patrick Jordi (FDP): Ich glaube, es geht einfach darum, dass niemand etwas verpassen will und sich möglichst zum richtigen Zeitpunkt melden möchte, wenn es um den entsprechenden Artikel geht.

Nun aber vielleicht noch zum gemeinsamen Fraktionsantrag. So gemeinsam ist er eben nicht, weil ich hier jetzt dagegenreden werde. Ja, werter Herr Stadtratspräsident, liebe Anwesende, der vorliegende Antrag auf Streichung dieses Art. 15b führt meines Erachtens zu Ungerechtigkeiten. Ich kann gerade mich selber als Beispiel aus der Praxis ins Feld führen. Ich bin als Einmannbetrieb unterwegs. Ich bin aber als GmbH mit HR-Eintrag organisiert; das heisst, ich falle nicht unter Art. 15a, mit dem die Reduktion für Einzelfirmen und Vereine geregelt wird. Meine Arbeit verrichte ich aber trotzdem zu Hause in den eigenen 4 Wänden in einem sehr kleinen Büro. Wenn es hochkommt, schmeisse ich pro Tag vielleicht drei Post-it-Zettel und ein Blatt Papier in den Abfall. Und Leute, die genauso wie ich als kleinstes Unternehmen und eben nicht als Einzel-firma organisiert sind, fallen unter Art. 15b, den wir hier jetzt über Bord kippen wollen. Sie profitieren von einer Reduktion der Grundgebühren.

Und nun geht mein Blick auch auf die Ratsseite der bürgerlichen Parteien, die sich eigentlich für die Wirtschaft einsetzen. Dabei vergesst bitte nicht, dass für solche Kleinunternehmer jeder zusätzliche Gebührenfranken, den sie nicht zahlen müssen, eine grosse Erleichterung ist, weil man gerade bei Startups wirklich jeden einzelnen Franken zwei- oder sogar dreimal umdrehen muss, damit das Geschäft am Ende des Tages halbwegs rentiert. Eine Reduktion der Grundgebühren ist in solchen Einzelfällen wirklich eine grosse



Entlastung. Wenn wir Art. 15b Ziff. 1 bis Ziff. 5 im Abfallreglement belassen, dann zeigen wir uns nicht nur bürgernah, sondern wir beweisen auch, dass wir Entlastungsmassnahmen genau dort zulassen, wo sie in der Praxis auch eine effektive Wirkung entfalten können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Reduktion der Grundgebühren für die kleinsten Unternehmen etwas nützt, das ist ein Fakt. Dass die Prüfung der Gesuche, wie im Antrag postuliert, zu einem unverhältnismässig hohen Verwaltungsaufwand führen sollte, ist hingegen nach aktuellem Wissensstand einfach eine Behauptung. Denn wer sagt, dass es dann effektiv auch massenhaft Gesuche geben wird? Wie vorhin gehört, wird dies ja anscheinend kaum der Fall sein. Ich bin grundsätzlich auch für eine schlanke Verwaltung, aber hier können wir wirklich Jungunternehmern und Kleinstbetrieben helfen und sie unterstützen. Darum bitte ich euch, den Antrag auf Streichung von Art. 15b abzulehnen. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke für die Wortmeldung. Gibt es weitere Wortmeldungen? Dan Weber SP/GLP-Fraktion.

Stadtrat Dan Weber (SP): Sehr geehrter Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, ich rede hier als Einzelsprecher und möchte ein bisschen meine Irritation über den Antrag der SVP- und FDP-Fraktion zur Streichung von Art. 15b zum Ausdruck bringen. Ich muss ehrlich gesagt gestehen, als ich den Streichungsantrag zu Art. 15b las, musste ich mir heute Morgen beim mich ankleiden kurz überlegen, welche Krawatte ich heute anziehe. Dass ich mich hier als SP-Stadtrat für eine Gebührententlastung von Unternehmen stark mache, während die bürgerliche Seite diese verhindern will, kommt in der Langenthaler Politik schon ziemlich komisch daher. Aber keine Sorge, ich lief definitiv nicht zur FDP oder SVP über. Ich stehe immer noch fest auf der Seite der SP. Aber ich stehe eben auch auf der Seite der Vernunft und der Fairness gegenüber unserem lokalen Kleingewerbe. Und ehrlich gesagt kann ich den Vorstoss nicht verstehen.

Wir hören gerade oft und gerne von den bürgerlichen Fraktionen, wie wichtig die Förderung des lokalen Gewerbes und der Abbau von Hürden für solche Betriebe sein soll. Doch wenn man hier im Rat die konkrete Chance hat, unseren kleinsten Unternehmen, wie beispielsweise einem Ein-Personen-Betrieb oder kleinen Quartierläden, direkt unter die Arme zu greifen, dann stellen wir uns quer. Was mich besonders erstaunt und man entsprechend den Unterlagen entnehmen konnte, ist, dass der Gemeinderat diese Entlastung nicht etwa aus einer Laune heraus in Art. 15b aufnahm, sondern dabei explizit der Empfehlung des Preisüberwachers folgte. Es geht also um eine fundierte Empfehlung zur Gebührengerechtigkeit, um sicherzustellen, dass kleinste Betriebe nicht unverhältnismässig belastet werden. Warum ist die Haltung für mich ein bisschen widersprüchlich? Dabei geht es mir um das Argument der Zumutbarkeit. In der Begründung wird erwähnt, dass eine Differenz von Fr. 110.00 für Unternehmen zumutbar sei. Es kann gut sein, dass das für eine grosse Aktiengesellschaft ein kleiner Rundungsfehler ist, aber für den kleinsten Betrieb mit maximal 300 Stellenprozenten ist dieser Betrag ein Zeichen der politischen Wertschätzung und Fairness. Und es geht dabei auch um das Äquivalenzprinzip. Wer kaum mehr Abfall produziert als ein Privathaushalt, sollte auch nur Haushaltsgebühren bezahlen.

Ich komme auf den Administrativaufwand zu sprechen. Hier führt ihr den Schutz der Verwaltung vor Mehrarbeit an. Aber geschätzte Kolleginnen und Kollegen, der Gemeinderat arbeitete die Lösung bewusst so aus. Die Verwaltung ist bereit, den Aufwand für die Gerechtigkeit gegenüber dem Gewerbe auf sich zu nehmen. Es wirkt schon fast ein bisschen ironisch, wenn ihr die Verwaltung vor einer Aufgabe schützen wollt, die sie im Sinne der Wirtschaftsförderung und auf Empfehlung des Preisüberwachers explizit übernehmen möchte. Es ist in meinen Augen ein bisschen widersprüchlich, Wirtschaftsnähe zu plakatieren, aber bei der ersten echten Gelegenheit, die kleinsten Akteure unserer Stadt zu entlasten, den Rotstift anzusetzen. Ich bitte euch daher, lasst das Langenthaler Kleingewerbe nicht hängen, folgt der Empfehlung des Preisüberwachers und der Linie des Gemeinderates und lehnt den Streichungsantrag ab. Besten Dank.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Nun möchte sich noch Robert Kummer (FDP) dazu äussern.

Stadtrat Robert Kummer (FDP): Ich rede hier ebenso als Einzelsprecher. Ich kann das nicht nachvollziehen, dass wir hier wegen Fr. 110.00 pro Jahr so lange diskutieren. Es geht um einen zusätzlichen Aufwand, den die Verwaltung leisten muss; notabene das Stadtbauamt, bei dem wir andere Themen haben, als irgendeine



Excel-Tabelle zu führen, wenn dies dann kleinste Unternehmungen, die das bis zum 30. September zu melden haben, im Falle einer Verspätung wahrscheinlich noch telefonisch nachmelden wollen. Daraufhin erstellt das Stadtbauamt eine Liste, die Liste geht an die industriellen Betriebe, dort aktualisiert sie wieder jemand irgendwie. Und nachher wird das mit der Wasser- und Stromrechnung verrechnet. Jetzt müsst ihr euch das mal vorstellen. Also das ist ein Schildbürgerstreich, wenn man mit sowas die Verwaltung belastet. Und noch einmal, wenn ich als Einzelfirma diese Fr. 110.00 im Jahr nicht prästiere, dann mache ich auch sonst etwas falsch. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Weitere Wortmeldungen. Murielle Schärer (GLP).

Stadträtin Murielle Schärer (GLP): Ich war jemand von denjenigen, die sich nicht ganz sicher waren, wie man sich bei diesem Antrag entscheiden soll. Aber je länger ich dem zuhöre, desto mehr muss auch ich sagen, dass das Argument, dass dies einen mega Administrationsaufwand generiert, einfach der falsche Weg ist. Erstens kann ich mir kaum vorstellen, dass das so einen Aufwand generiert und zweitens hört doch einmal damit auf, in alten Strukturen zu denken. Ganz, ganz viele Unternehmen nutzen einfach KI für solche Probleme, indem einfache Abläufe automatisch gelöst werden. Man macht einen Upload und die KI nimmt die Prüfung vor. Ich habe das Gefühl, dass vielleicht noch nicht heute der Moment gekommen ist, der eine solche Vorgehensweise möglich macht, vielleicht auch noch nicht morgen, aber spätestens übermorgen wird es so sein. Und mir scheint es mittlerweile auch wichtig zu sehen, dass es, wie bereits von Dan Weber genannt, nicht nur allein um diesen Betrag von Fr. 110.00 geht, der für ein kleines Unternehmen anfällt, sondern es geht um x Dinge, die man für irgendetwas zu zahlen hat und sich dies schlussendlich einfach aufsummiert. Und aus all diesen Gründen werde ich diesen Antrag sicher nicht unterstützen.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke. Weitere Einzelsprecherinnen, Einzelsprecher? Nein. Damit ist die Beratung zu diesem Artikel geschlossen. Wünscht der Gemeinderat noch das Schlusswort?

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Merci vielmals. Man sieht, der Abfall kann auch sehr emotional sein. Der Gemeinderat war ganz klar der Meinung, dass er den Artikel aufnehmen möchte. Vielleicht kann ich auch nochmals kurz etwas zur Geschichte sagen, was ich bis jetzt noch nicht so ausführte. Der Preisüberwacher beehrte das an. Wir hatten zuerst in der Verwaltung tatsächlich auch die Meinung, dass dies zu einem zu grossen Aufwand führt. Die Finanzkommission sah das aber nicht so. Vielmehr fand sie, dass der Aufwand eben tragbar ist und auch für die kleinsten Unternehmen, die wir in der Stadt haben, getragen werden soll. Und deshalb wies der Gemeinderat dannzumal das Geschäft zur Überarbeitung der Teilrevision zurück, die dann entsprechend erarbeitet wurde. Diese Geschichte erzählte ich euch bereits, dass wir eigentlich auf der Suche nach einer einfacheren Lösung waren als jetzt mit dieser Gesuchsgeschichte. Leider geht es hier halt nicht einfacher, aber wir fanden dennoch eine Lösung. Und wie ich es bereits zuvor sagte, wissen wir nicht, wie viele Unternehmen schlussendlich ein Gesuch einreichen werden. Und dementsprechend kann ich auch nicht wirklich eine Aufwandsabschätzung vornehmen. Was man ehrlicherweise sagen muss, wird der Aufwand in etwa so sein, wie es von Robert Kummer beschrieben wurde, weil wir es natürlich nicht selber veranlagen werden. Die Unternehmen werden der IBL¹ gemeldet, die es dann anschliessen einpflegen und so dann die Gebühren veranlagen, eintreiben oder eben nicht eintreiben. Gerne verweise ich noch darauf, dass, falls man die Streichung des Artikels beschliessen würde, auch die Streichung des Übergangsartikels T1 Abs. 1 vorgenommen werden müsste. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank. Damit können wir abstimmen. Wer dem Antrag der SVP- und FDP/jll/L49-Fraktionen zustimmen will, zeigt das jetzt mit der Karte. Wer dem Antrag nicht folgen will, zeigt es jetzt mit der Karte. Gut, wer sich in dieser Frage enthält, zeigt es jetzt.

¹ IBL = IB Langenthal AG



Abstimmung über den Änderungsantrag der SVP- und FDP/jll/L49-Fraktion zu Art. 15b Abs. 1 bis 5

16 Ja für die Änderung

22 Nein gegen Änderung: abgelehnt

0 Enthaltungen

Gemäss Änderungsantrag
(Entwurf vom 10. Dezember 2025)

Art. 15b Abs. 1 - 5

Reduktion der Grundgebühren für Kleinunternehmen

- 1 Betriebe mit maximal 300 Stellenprozenten gelten als Kleinunternehmen. Auf Gesuch hin wird für Kleinunternehmen die Grundgebühr für Haus-halte erhoben.
- 2 Das Gesuch ist jeweils bis zum 30. September beim Stadtbauamt einzureichen und entfaltet seine Wirkung ab dem nächsten Kalenderjahr. Nach dem 30. September eingereichte Gesuche entfalten ihre Wirkung erst ab dem über-nächsten Kalenderjahr.
- 3 Bewilligte Gesuche unterliegen einem fixen dreijährigen Erneuerungszyklus von drei Kalenderjahren. Ein bewilligtes Gesuch gilt für eine maximale Dauer von drei Kalenderjahren, jedoch längstens bis zum Ende des laufenden dreijährigen Erneuerungszyklus. Für die Weiterführung der Reduktion ist ein neues Gesuch bis spätestens zum 30. September vor Ablauf des jeweiligen Erneuerungszyklus einzureichen.
- 4 Der Betrieb ist verpflichtet, dem Stadtbauamt unverzüglich schriftlich mitzuteilen, wenn die beschäftigte Gesamtarbeitskapazität über 300 Stellen-prozente ansteigt. In diesen Fällen hat der Betrieb ab dem folgenden Quartal die Grundgebühr für Betriebe zu entrichten. Sofern die Gesamtarbeitskapazität anschliessend wieder unter 300 Stellenprozente sinkt, hat der Betrieb ein neues Gesuch einzureichen.
- 5 Das Stadtbauamt ist berechtigt, von den Betrieben geeignete Nachweise zur Überprüfung der Angaben sowie Kontrolle der weiterhin bestehenden Anspruchsvoraussetzungen zu verlangen.

Stadtsatzung 11. Mai 2026, Traktandum Nr. 4

Art. 15c bis Art. 25

Ohne Wortmeldung und beschlossen wie beantragt.

Übergangsbestimmung T11

Ohne Wortmeldung und beschlossen wie beantragt.

Aufgrund dieser Nichtanpassung von Art. 15b ist hier keine Änderung nötig.

Nun passten wir im Reglement allein Art. 4 Abs. 3 an. Somit führen wir eine Schlussabstimmung über diesen Reglementstext durch. Wer dem Reglementstext mit dieser beschlossenen Änderung von Art. 4 Abs. 3 zustimmt, zeigt das jetzt mit der Karte. Gibt es Nein-Stimmen? Enthaltungen? Keine.

Abstimmung über den Reglementstext

38 Ja für den Reglementstext: einstimmig angenommen

0 Nein

0 Enthaltungen

Damit ist der Reglementstext beschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über das Geschäft. Wer dem Geschäft mit dieser Anpassung, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, zustimmen kann, zeigt dies jetzt noch einmal mit der Karte. Danke. Nein-Stimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen (einstimmig):

- 1. Die Teilrevision des Abfallreglements vom 17. September 2012 (Änderung der Art. 1 bis 5, 7, 10, 12 bis 15, 15a [neu], 15b [neu], 15c [neu], 16 bis 18, 20 bis 22, 24 und 25 sowie T1-1 [neu]) gemäss Änderungsantrag im Entwurf vom 10. Dezember 2025 wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



5. **Motion Patrick Jordi (FDP), Dan Weber (SP), Nicole Baumann (GLP), Jan Herzig (SVP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025: Bürgernahe Kommunikation leben - Einführung persönlicher E-Mail-Adressen für Mitglieder des Stadtrats: Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 5 mit der Berichterstattung und dem Antrag auf Abschreibung der Motion von Patrick Jordi (FDP), Dan Weber (SP), Nicole Baumann (GLP), Jan Herzig (SVP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025; bürgernahe Kommunikation leben, Einführung von persönlichen E-Mail-Adressen für Mitglieder des Stadtrats. Das Eintreten ist zwingend und wir fahren direkt mit der Beratung fort.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir starten mit der Berichterstattung des Gemeinderates. Es ist keine angekündigt, da eine schriftliche Beantwortung vorliegt. Eine Berichterstattung der GPK gibt es meines Wissens auch keine. Und damit sind wir beim Sprecher der Motion. Ich übergebe das Wort an Patrick Jordi (FDP).

Stadtrat Patrick Jordi (FDP): Ja, werter Herr Stadtratspräsident, liebe Anwesende, als Sprecher der Motionäre freue ich mich sehr, heute festzuhalten dürfen, dass die Anliegen unserer Motion umgesetzt werden. Mit der Einführung von persönlichen städtischen E-Mail-Adressen für Mitglieder des Stadtrats wird die direkte Erreichbarkeit verbessert und die bürgernahe Kommunikation gestärkt. Genau das, und nicht etwa die nachgelagerte technische Umsetzung oder weiterführende Detailfragen zur Usability, waren die Kernanliegen von unserem Vorstoss. Besonders erfreulich ist, dass die Umsetzung bereits auf August 2026 vorgesehen ist, eingebettet in die Einführung der neuen LAVA-Teams-Infrastruktur¹. Damit wird das Anliegen nicht nur erfüllt, sondern gleichzeitig auch Teil der weiteren digitalen Weiterentwicklung der Stadtverwaltung. Ein Prozess, der noch im Gang ist und der sicher noch Schritt für Schritt optimiert wird. Daran haben wir Motionäre grundsätzlich gar keinen Zweifel. Selbstverständlich mag es im Detail unterschiedliche Wünsche oder persönliche Präferenzen geben, wie solche digitalen Anwendermöglichkeiten künftig genutzt werden sollen. Entscheidend ist aus Sicht der Motionäre aber, dass der eigentliche Auftrag der Motion erfüllt wird, nämlich dass die Mitglieder des Stadtrats künftig persönlich und unkompliziert elektronisch erreichbar sind. Im Namen der Motionäre und der zahlreichen Mitunterzeichnenden danke ich dem Gemeinderat und den zuständigen Personen der Stadtverwaltung für die konstruktive und zeitnahe Umsetzung unseres Anliegens. Aus unserer Sicht kann die Motion darum mit gutem Gewissen heute abgeschrieben werden. Besten Dank.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank, wir sind bei den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher. Wem darf ich das Wort geben? Robert Kummer für die FDP/jll/L49-Fraktion.

Stadtrat Robert Kummer (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, unsere Fraktion dankt für den Prüfbericht. Folgende Punkte sind aber für uns noch nicht gelöst. Die Motionärinnen und Motionäre forderten, dass die Parlamentsmitglieder mit einer offiziellen E-Mail-Adresse für Bürgerinnen und Bürger auch auf elektronischem Weg unkompliziert erreichbar sein sollen. Wir haben jetzt zwar eine Adresse, aber dabei handelt es sich gemäss Bericht um eine browser-basierte Lösung. Das heisst, wenn uns jemand auf die Adresse ein Mail schreibt, merken wir das nicht. Wenn wir bürgernah sein möchten, wäre es wahrscheinlich anständig, wenn man so innerhalb von 24 Stunden auf ein Mail reagieren würde. Das bedeutet, dass wir uns alle einmal am Tag einloggen, unsere Identität via Zwei-Weg-Authentifizierung bestätigen lassen und dann schauen, ob uns jemand ein Mail schrieb. Das finde ich gelinde gesagt aus dem Tierbuch. Die Antwort auf unsere Nachfrage bei der Verwaltung ist die Folgende: "Eine automatische Weiterleitung z. B. mittels einer Outlook-Regel an eine externe E-Mail-Adresse ist nicht möglich. Dies ist eine Standardeinstellung in Exchange Online, welche für die gesamte jeweilige E-Mail-Domäne gilt und aus Datenschutz- und Sicherheitsgründen nicht geändert werden kann". Wir fragen uns also, wenn nun diese Standardeinstellung

¹ LAVA = Langenthals Verwaltungsapplikation



für die gesamte Domäne Gültigkeit hat, wie das mit den nicht als Stadtrat fungierenden Kommissionsmitgliedern funktioniert, wenn die Standardeinstellung für die gesamte E-Mail-Domäne gilt, sie nachher aber auf die gleiche LAVA integriert werden wollen. Unsere Fraktion erwartet, dass bei jährlichen wiederkehrenden Kosten von Fr. 17'000.00 auch wirklich ein Mehrnutzen entsteht und dies ebenso für Kommissionsmitglieder funktioniert, die nicht im Stadtrat sind. Und wie gesagt trifft eine Adresse mit dem Aufbau "vorname.name@stadtrat-langenthal.ch" für Kommissionsmitglieder ja nicht zu, die nicht auch gleichzeitig im Stadtrat sind, aber die gleichen Unterlagen sehen möchten. Zusammengefasst halte ich fest, dass unsere Fraktion dem Antrag des Gemeinderates grossmehrheitlich folgen wird. Aber wir erwarten noch einen Effort der IT-Verantwortlichen, dass die direkte Synchronisation nicht zu einem späteren Zeitpunkt geprüft wird, sondern umgehend. Und wir möchten hören, was mit den Kommissionsmitgliedern passiert, die nicht im Stadtrat sind. Besten Dank.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Möchten sich weitere Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher vernehmen lassen? Dan Weber für die SP/GP-Fraktion.

Stadtrat Dan Weber (SP): Herr Stadtratspräsident, geschätzte Anwesende, zuerst einmal ist zu sagen, dass wer den Direktdialog mit den Menschen unserer Stadt wirklich sucht, braucht dafür keine technischen Raffinessen. Die SP-Fraktion will die Nähe zur Bevölkerung aktiv leben und nicht nur darüber reden. Die Fakten sind klar: Mit dem Projekt LAVA erhalten wir im August 2026 genau das, was die Motion verlangte, nämlich eine persönliche offizielle E-Mail-Adresse für mehr Bürgernähe und direkte Erreichbarkeit von uns Stadtratsmitgliedern für die Bürgerinnen und Bürger von Langenthal. Ja, der Zugriff via Browser ist tatsächlich weniger komfortabel als eine direkte Synchronisation mit dem Smartphone. Aber wir müssen ehrlich bleiben, das Ziel der Motion war mehr Bürgernähe, nicht maximaler digitaler Komfort für unsere Stadtratsmitglieder. Dass die städtische Informatik aus Gründen des Datenschutzes und der IT-Sicherheit aktuell keine Synchronisation auf private Geräte zulässt, ist eine fachliche Entscheidung zum Schutz von sensiblen Daten, den wir respektieren sollten. Die fehlende Synchronisation mag ein Schönheitsfehler sein, sie ändert aber nichts daran, dass die Ziele dieser Motion erreicht wurden. Wer nahbar sein will, findet den Weg ins Postfach auch über den Browser.

Ich gehe jetzt vielleicht noch schnell auf die Frage bezüglich Kommissionsarbeit ein, die vorhin noch erwähnt wurde. Aus meiner Sicht ist klar, dass die Motion bewusst die Mitglieder des Stadtrats betrifft, da wir direkt vom Stimmvolk gewählt wurden. Gehen kommissionsbezogene Anliegen bei uns ein, liegt es in unserer Verantwortung, diese beispielsweise auch den zuständigen Gremien weiterzuleiten, wodurch der politische Informationsfluss gewährleistet sein sollte. Da die Ziele der Motion erreicht sind, stimmen wir grossmehrheitlich bei einer Enthaltung oder wenn möglich einstimmig für die Abschreibung.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke. Weitere Fraktionssprecherinnen, Fraktionssprecher? Ich sehe niemand mehr. Gibt es Einzelsprecherinnen, Einzelsprecher? Gibt es weitere Wortmeldungen? Ausnahmsweise, weil es das letzte Mal ist. Bitte, Herr Stadtpräsident Reto Müller.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Ja, merci vielmals, Herr Stadtratspräsident, geschätzte Anwesende. "Don't shoot the Messenger". Wenn nun Einzelne von euch durch diese zusätzlichen Abklärungen abgehalten werden, dem Prüfbericht zuzustimmen, so muss ich schon noch betonen, dass es nicht primär am Unwillen oder an den technischen Möglichkeiten fehlt, was gegenüber unserer städtischen Informatik angeprangert oder auch gewünscht wurde, hier nochmals einen Effort zu leisten. Ich möchte hier auf das KDSG¹ verweisen, welches dies eben restriktiv handhabt. Und das, was jetzt vorhin gesagt wurde, dass man dann jeden Tag schauen gehen muss, entspricht genau der tatsächlichen Vorgehensweise bei 160 Grossratsmitgliedern, bei denen es auch genauso aufläuft. Ich kann meinen Grossrats-Mailaccount im Moment nämlich nur auf dem Handy öffnen, dort auch nur im Browser von Google, denn auf Safari geht es nicht. Dies ist deshalb so, weil eben weder unser Informatikgerät, mit dem ich täglich arbeite, noch dasjenige des Kantons einen gegenseitigen Zugriff zulassen, um es im Moment in meinem normalen Outlook einbinden zu können. Und

¹ KDSG = kantonales Datenschutzgesetz



diesbezüglich ist es halt einfach vom Datenschutzgesetz her ganz klar geregelt, dass diese Mails eben nicht auf einen Browser weitergeleitet werden dürfen. Unsere Grossratsfraktion wurde dazu geschult und uns wurde dabei gesagt, dass wer zum Beispiel das Mail nachher auf den Privataccount weiterleitet – das wäre bei mir mit Apple jetzt beispielsweise @icloud.com – macht sich gemäss unserem KDSG strafbar. Und ich denke, wenn man diesbezüglich innerhalb der Schweiz die Sicherheit ebenso hoch ansetzt, dann geht es zulasten der Usability. Und das war zumindest eine Mehrheit des Grossrats, der sein eigenes Gesetz so beschloss und jetzt auch teilweise darunter zu leiden hat. Die anderen Fragen wird man sicher aufnehmen können, auch in der Integration unserer elektronischen Geschäftsverwaltung, die jetzt dann wirklich endlich kommen wird und auch, wie man den Umgang mit den Kommissionen regelt, was jetzt auch schon in einem Pilotprojekt am Laufen ist. Damit steht nun aber der Abschreibung dieser Motion nichts im Weg. Wir werden – ich sage jetzt halt immer noch "wir" – das heisst die Stadtverwaltung wird euch bestmöglich und so, wie ihr das wünscht, bedienen können. Dabei kann sie aber den diesbezüglichen rechtlichen Rahmen nicht von selber ausdehnen.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank, Herr Stadtpräsident, für die Erläuterungen. Gibt es noch weitere Wortmeldungen von Seiten der Motionäre oder Motionärinnen? Das gibt es nicht. Wir kommen nun zur Abstimmung über die Abschreibung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziffer 1 und Ziffer 2, also der Abschreibung dieser Motion, zustimmen will, zeigt das mit dieser Stimmkarte. Gut, wer dem Antrag nicht zustimmen will, zeigt es jetzt mit der Stimmkarte. Danke. Enthaltungen?

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 3 Stimmen Nein bei 1 Enthaltung:

- 1. Die Motion Patrick Jordi (FDP), Dan Weber (SP), Nicole Baumann (GLP), Jan Herzig (SVP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025: Bürgernahe Kommunikation leben - Einführung persönlicher E-Mail-Adressen für Mitglieder des Stadtrats wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



6. **Motion Linus Rothacher (SP), GLP/EVP-Fraktion, Fanny Zürn (GRÜNE), Patrick Jordi (FDP) Javier Marquez (JL) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025: Digitale Wahlhilfe "Smartvote" bei den Gemeindewahlen 2028 ermöglichen: Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 6 mit der Berichterstattung und dem Antrag auf Abschreibung betreffend die Motion von Linus Rothacher (SP), GLP/EVP-Fraktion, Fanny Zürn (GL), Patrick Jordi (FDP) Javier Marquez (JL) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025: Digitale Wahlhilfe "Smartvote" bei den Gemeindewahlen 2028 ermöglichen. Das Eintreten ist zwingend und wir gehen direkt zur Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Eine Berichterstattung des Gemeinderats ist keine vorgesehen oder angemeldet, da sie schriftlich vorliegt. Auch seitens der GPK gibt es keine Berichterstattung. Dann möchte Linus Rothacher (SP) als Sprecher der Motion das Wort übergeben.

Stadtrat Linus Rothacher (SP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme noch kurz auf "Smartvote" zu sprechen. Ich möchte mich an dieser Stelle zuerst beim Gemeinderat ganz herzlich für die Umsetzung der Motion bedanken. Wir Motionärinnen und Motionäre sind mit dem Umsetzungsvorschlag absolut einverstanden. Unseren eingereichten Auftrag erachten wir mit dem vorgelegten Konzept als erfüllt. Insbesondere positiv will ich hier auch noch herausstreichen, dass man sich gemäss B & A hinsichtlich der Wahlen in Phase 2 auch Fragen mit einem klaren lokalen Bezug überlegen möchte. Wir sind überzeugt, dass damit für den städtischen Wahlkampf im 2028 ein Mehrwert geleistet werden kann. Die Motionärinnen und Motionäre sind mit der Abschreibung der Motion einverstanden und ich darf hier auch noch gerade verkünden, dass auch die SP/GL-Fraktion mit dieser Abschreibung einverstanden ist und dem auch hoffentlich einstimmig zustimmen wird.

Ich möchte mich an dieser Stelle doch auch noch kurz mit einem Appell an euch alle richten. "Smartvote" ist, wie es der Gemeinderat zutreffend formulierte, ein zeitgemässer und sinnvoller Schritt, um die politische Partizipation zu fördern. Jetzt, wenn das Projekt dann Fahrt aufnimmt, liegt es an uns allen, die Motion auch entsprechend mit Leben zu füllen und "Smartvote" dementsprechend aktiv umzusetzen und auch zu nutzen. Ich möchte euch daher alle, insbesondere auch diejenigen, die im letzten Jahr bei der Erheblichkeitsklärung kritisch waren, dazu aufrufen, bei diesem Projekt mitzumachen, so dass wir der Bevölkerung hier wirklich einen Mehrwert bieten und dann in Phase 4 auch wirklich ein aussagekräftiges Fazit ziehen und dann eben auch mit möglichst vielen Partizipantinnen und Partizipanten rechnen können. Merci vielmals und merci vielmals, dass sich auch alle hier im Saal an der Umsetzung dieses Projekts beteiligen werden.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke, Linus Rothacher. Das Wort ist offen für Fraktions-sprecherinnen und Fraktionssprecher. Fabian Fankhauser für die GLP/EVP-Fraktion.

Stadtrat Fabian Fankhauser (GLP): Auch wir nahmen den Bericht erfreut zur Kenntnis, wie wir es umsetzen wollen. Wir sind als Fraktion mit dem auch vollumfänglich zufrieden und auch wir hoffen natürlich darauf, dass möglichst alle Politikerinnen und Politiker, die dann gewählt werden wollen, hier auch mitmachen, denn nur dann bietet es der Bevölkerung auch einen Mehrwert und nur dann rentiert es sich auch, wenn alle mitmachen und wir daneben ja auch zahlen. Wenn im Rahmen von Phase 2 lokale Fragen in Zusammenarbeit mit der Stadt und Verwaltung ausgearbeitet werden sollen, finden wir das natürlich super. Dazu möchten wir noch gerne anmerken, dass man dabei nicht nur den Gemeinderat, sondern auch die Fraktionen miteinbeziehen sollte, damit alle politischen Lager mitreden können. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Weitere Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Michael Schenk für die SVP-Fraktion.

Stadtrat Michael Schenk (SVP): Auch die SVP-Fraktion unterstützt die Abschreibung und wir sind gespannt auf die Auswertung. Wenn wir eine Wahlbeteiligung von 70% haben, dann sind wir ja auch happy. Der eine



oder andere ist dort vielleicht noch ein bisschen gefordert, sein Profil auszufüllen, aber ich glaube, wir lernen auch gerne dazu. Wir sind gespannt und stimmen dem so zu.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher? Javier Marquez für die FDP.

Stadtrat Javier Marquez (JL): Merci vielmals, auch unsere Fraktion stimmt dem so zu.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Prima, dann sind wir durch mit den Fraktionen und wir kommen zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern, falls es dazu noch Wortmeldungen gibt. Das scheint aber kein Bedürfnis zu sein. Damit erkläre ich die Beratung als geschlossen. Linus, möchtest du noch ein Schlusswort? Nein. Gut, dann können wir abstimmen. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziffer 1 und Ziffer 2 der Abschreibung dieser Motion zustimmen will, zeigt das jetzt mit seiner Stimmkarte. Wer dem Antrag nicht folgen will, hält jetzt die Hand hoch. Wer sich enthalten möchte, zeigt es jetzt mit der Stimmkarte. Beides ist nicht der Fall.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen (einstimmig):

1. Die Motion Linus Rothacher (SP), GLP/EVP-Fraktion, Fanny Zürn (GRÜNE), Patrick Jordi (FDP) Javier Marquez (JL) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025: Digitale Wahlhilfe "Smartvote" bei den Gemeindewahlen 2028 ermöglichen wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.
2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



7. Mitteilungen des Gemeinderates

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir sind jetzt bei Traktandum Nr. 7 mit den Mitteilungen des Gemeinderates. Das Wort hat Vizestadtpräsident Michael Schär.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, liebe Stadträtinnen und Stadträte, ich habe eine Mitteilung zum Park & Ride, den wir beim Bahnhof planen. Wie ihr ja wisst, beauftragte die Stadt die Mobimo AG mit der Entwicklung einer Vorstudie und anschliessend mit der Ausarbeitung eines Vorprojekts für ein Park & Ride am Bahnhof. Mit Vorlegen des Vorprojekts zeichnete sich aber ab, dass die Vorstellungen der beiden Parteien über das weitere Vorgehen, insbesondere hinsichtlich der Risikoübernahme, nicht deckungsgleich sind, weshalb der Gemeinderat das Projekt abbrach. Dies wird wie folgt begründet: Gleichzeitig mit dem Vorprojekt begann er auch mit der Erarbeitung eines Letters of Intent (LOI). Dabei zeigte sich, dass die Vorstellungen der beiden Parteien über das weitere Vorgehen nicht deckungsgleich sind. Seit 2025 folgten verschiedene Gespräche zwischen diesen Parteien, an denen auch ich dabei war und dies immer auch zusammen mit der Verwaltung und der Mobimo, um das weitere Vorgehen, die Verträge etc. zu beurteilen und eben zu besprechen. Hauptkritikpunkte waren die hohen Kosten pro Parkplatz, die Übernahme sowie die Verteilung der Risiken im weiteren Projektverlauf. Auch mit dem Erarbeiten eines Vorvertrags konnten diese Punkte nicht ausgeräumt werden. Die Mobimo hielt bis zum Projektabbruch an den Risikoübernahmen durch die Stadt fest. Eine Überschreitung eines veranschlagten TU-Preises wäre dabei zu 100% zu Lasten der Stadt gegangen. Dort schafften wir es nicht, einen Preis mit einer fixen Obergrenze zu erzielen, vielmehr wäre er nach oben offengeblieben. Allfällige Nachträge, wie zum Beispiel für Schadstoffvorkommen, schlechte Baugruben etc. wären ebenfalls durch die Stadt zu tragen gewesen. Bauliche Massnahmen, ausgelöst durch einen darüberliegenden Hochbau, zum Beispiel durch Statik, hätte zur Folge haben können, dass weniger Parkplätze hätten realisiert werden können. Das wäre ebenso ohne Kompensation auf die Stadt zurückgefallen. Die Stadt hätte ihre Zahlungen gemäss Baufortschritt leisten sollen, wobei die Mobimo gleichzeitig darauf beharrte, das Projekt jederzeit verkaufen zu können. Das hätte bei Insolvenz einer Rechtsnachfolgerin dazu geführt, dass die Stadt je nachdem bereits für einen nicht vollendeten Boulevard grosse Zahlungen hätte leisten müssen. Des Weiteren lag zu diesem Zeitpunkt der Preis für die 110 Parkplätze, die zuletzt planerisch vorgesehen waren, bei 8 Mio. Franken. Auch wenn wir noch gegen 4 Mio. Franken Subventionen bekommen hätten, wäre der Preis pro Parkplatz weit neben dem Preis gelegen, den man auf dem Markt für einen Einstellhallenplatz zahlen müsste. Was bedeutet das jetzt?

Mit dem Projektabbruch wird im Moment auf ein unterirdisches Park & Ride-System verzichtet. Nach der Realisierung der Hochbauten im Perimeter der Überbauungsordnung Nr. 51 "Langenthal Mitte, Bereich Ost" wird dort die neue definitive Park & Ride-Anlage oberirdisch mit rund 90 Parkplätzen realisiert. Bis zu diesem Zeitpunkt ist die Mobimo verpflichtet, der Stadt eine entsprechende Fläche zwischen den Gleisanlagen und der Hasenmattstrasse zur Verfügung zu stellen und so auch in der Übergangszeit für entsprechende Parkplätze zu sorgen. Das Parkieren am Bahnhof ist also auch trotz dieses Abbruchs gewährleistet. Das ist sicher eine wichtige Nachricht. Es wird im Moment aber keinen Ausbau geben, sondern es werden dort diese 90 oberirdischen Parkplätze realisiert. Was man auch nicht ganz ausschliessen kann, ist, dass man beim Bau der weiteren Felder – das Hochhaus ist ja sozusagen das letzte Feld, das gebaut wird – dort noch einmal prüfen kann, eine unterirdische Einstellhalle zu bauen; dann vielleicht aber nicht unter dem Hochbau, sondern nebendran.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke. Gibt es weitere Gemeinderatsmitglieder, die Mitteilungen haben? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zu Traktandum Nr. 8 mit der Bekanntgabe der eingereichten Vorstösse.



8. Eingereichte Motion der SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 11. Mai 2026: Pensionierungsalter flexibilisieren und Weiterbeschäftigung über das Alter von 65 Jahren hinaus ermöglichen

Motionstext:

"Pensionierungsalter flexibilisieren und Weiterbeschäftigung über das Alter von 65 Jahren hinaus ermöglichen

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, das Personalreglement der Stadt Langenthal anzupassen und einen Entwurf dem Stadtrat zu unterbreiten, sodass:

- 1. Mitarbeitende der Stadt grundsätzlich die Möglichkeit erhalten, auf Wunsch und im Einvernehmen mit der Arbeitgeberin über das ordentliche Pensionierungsalter von 65 Jahren hinaus in einem zu definierenden Pensum weiterbeschäftigt zu werden;*
- 2. eine allfällige Weiterbeschäftigung in analoger Anwendung des Personalgesetzes des Kantons Berns (BSG 153.01) und flexibel erfolgt (jährliche Erneuerung bis maximal zum vollendeten 70. Altersjahr), wobei die betrieblichen und persönlichen Bedürfnisse angemessen zu berücksichtigen sind.*

Begründung:

Viele Menschen im Pensionierungsalter verfügen heute nebst viel Erfahrung und Knowhow über eine gute Gesundheit, sind leistungsfähig und teilweise willens, ihre Arbeitskraft weiter zur Verfügung zu stellen.

Der Fachkräftemangel stellt für unsere Volkswirtschaft und für unsere Gesellschaft nach wie vor eine grosse Herausforderung dar. Mit einem flexiblen und einzelfallweise zu verlängernden Pensionierungsalter können so Engpässe überbrückt werden. Die entsprechend flexible Handhabung des Pensionierungsalters sind heute auf den Stufen Bund, Kanton und Privatwirtschaft etabliert. Die Stadt Langenthal sollte hier mit der Zeit gehen und ihre reglementarischen Grundlagen rasch an die veränderte Lage und die aktuellen Herausforderungen und Bedürfnisse anpassen.

Auch bei längeren Absenzen von städtischen Angestellten, könnten entstandene Lücken mit bereits pensionierten Personen überbrückt werden. Gerade in einer Stadtverwaltung gibt es diverse Arbeiten, die von bereits pensionierten Personen ausgezeichnet wahrgenommen werden könnten."

SVP-Fraktion
(Erstunterzeichnender: Robert Haas)



9. Verabschiedung von Stadtpräsident Reto Müller

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Damit sind wir bei Traktandum Nr. 9 und somit bei der Verabschiedung unseres Stadtpräsidenten Reto Müller. Ich übergebe das Wort an Vizestadtpräsident Michael Schär.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Merci vielmals, sehr geehrter Stadtratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtpräsident oder eben Herr Bildungsdirektor, lieber Reto, es ist Montagabend und normalerweise beugen wir uns hier über Kreditbegehren, Reglemente oder Zonenpläne. Doch heute blicken wir nicht nur auf die nächsten Projekte, sondern auch auf eine Laufbahn, die nach zehn Jahren an der Spitze unserer Stadt und über 20 Jahren im Dienst von Langenthal zu Ende geht. Wir verabschieden heute jemanden., der unsere Stadt nicht nur verwaltet, sondern geprägt hat und das mit einer Mischung aus pädagogischem Geschick, politischem Weitblick und einer grossen Portion Menschlichkeit. Reto, dein Weg ist eng mit unserer Region verknüpft. Aufgewachsen in Thunstetten und Langenthal hast du hier die Schule besucht und später im Lehrerseminar das Fundament für deinen ersten Beruf gelegt. Man sagt oft, die Lehrer hätten ein Flair für die Politik, weil sie gelernt hätten, Ordnung in einen unruhigen Haufen zu bringen. Ob dir die Erfahrung als Reallehrer in Thunstetten geholfen hat, wenn es im Gemeinderat einmal emotional wurde, kannst nur du beantworten. Aber eines ist sicher, deine Fähigkeit zuzuhören, zu erklären, war für uns alle spürbar. Deine politische Karriere in Langenthal und auch auf Stufe Kanton ist beeindruckend. Den Startschuss hast du im Jahr 2000 als Mitglied der Kommission für öffentliche Sicherheit gegeben. 2003 wurdest du Stadtrat und 2018 Stadtratspräsident. 2009 gelang dann der Sprung in den Gemeinderat mit dem Ressort für Soziales, welches du bis zu deiner Wahl zum Stadtpräsidenten ab dem Jahr 2017 geprägt hast. 2013 schafftest du zudem den Sprung in den Grossrat und vertratst seither Langenthal auch auf Kantonsebene. Man sieht, du lerntest das politische Handwerk von der Pike auf.

In deiner Amtszeit als Stadtpräsident führtest du das Ressort Bau und Planungswesen sowie Präsidiales. Als Ressortvorsteher für das Bau- und Planungswesen stelltest du die Weichen für die Entwicklung unserer Stadt. Dabei warst du nie ein Technokrat. Du warst immer der Reto, mit dem alle per Du waren und mit dem man auch ungezwungen ein Bier trinken konnte. Jemand, dem die Kultur, die soziale Sicherheit und das Miteinander am Herzen lag. Auch im Stiftungsrat von Contact¹, bei Dahlia Emmental² oder im Verband Bernischer Burgergemeinden, war dein Engagement immer vielseitig und stets am Gemeinwohl orientiert. Trotz der prall gefüllten Agenda und diesen vielen Ämtern vom Verwaltungsrat bei der ASM³ bis zur Stiftung Sternwartefonds der Sekundarschule Langenthal bist du immer der Reto geblieben, der am Wochenende beim Sport, beim Kochen oder bei einem Kultur- oder Sportanlass anzutreffen war. Wir wissen alle, dass das Pensum nur möglich war, weil du eine starke Basis hast. Darum gilt hier ein ganz herzlicher Dank auch deiner Familie, deiner Frau Priska und euren drei Kindern. Eine politische Karriere von diesem Ausmass ist immer auch eine Familienleistung. Danke, dass ihr Reto so oft mit der Stadt Langenthal teiltet. Dass du uns verlässt, schmerzt Langenthal. Aber die Art deines Abgangs ist auch eine Auszeichnung für dich und unsere Stadt. Ab dem 1. Juni 2026 bist du Vorsteher der Bildungs- und Kulturdirektion. Somit gehst du den Weg vom Primarlehrer zum Bildungsdirektor des zweitgrössten Kantons der Schweiz. Das ist eine beeindruckende Geschichte. Wir verlieren den Stadtpräsidenten, aber wir gewinnen den Regierungsrat, der weiss, wie die Basis tickt, wie sich die Arbeit in den Gemeinden anfühlt und wo der Schuh drückt. Lieber Reto, wir danken dir für deine unzähligen Stunden im Dienst unserer Stadt. Wir danken dir für deine Ruhe, deine Kollegialität und deine Leidenschaft für Langenthal. Du ziehst jetzt weiter nach Bern. Wir wünschen dir für dein neues Amt als Regierungsrat viel Kraft, Weisheit und immer ein glückliches Händchen. Mögest Du in der BKD viel bewegen und die Stadt und die Region im Regierungsrat wohlwollend vertreten, damit Bern klar ist, dass der Oberaargau zum Kanton Bern gehört. Danke für deinen fortwährenden Einsatz für unsere Gemeinschaft.

¹ Contact = Stiftung für Suchthilfe

² Dahlia = Institution für "wohnen, betreuen, pflegen"

³ ASM = Aare Seeland mobil AG



(Applaus)

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ich nehme an, dass wir auch von dir noch ein paar Abschiedsworte hören.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Ja, merci vielmals für die Einladung, Herr Stadtratspräsident, merci für die viel zu schönen Worte, Herr Vizestadtpräsident, geschätzte Damen und Herren des Stadtrats, liebe Gäste, liebe Langenthalerinnen und Langenthaler, es gibt Augenblicke, in denen die Zeit einen komischen Trick vollführt und sich irgendwie verdichtet. Wenn ihr jetzt vorhin zuhörtet, dann kommt ihr auf 17 Jahre im Gemeinderat und 23 Jahre, in denen ich an jeder Stadtratssitzung dabei sein dürfte und manchmal auch musste. Und doch sass ich heute Abend hier und fragte mich, wo denn nun eigentlich diese Zeit hin ging. Wo floss die Zeit hin von all diesen Sitzungen, diesen Debatten, diesen stillen Entscheiden, die man in kleinen Büros an Regentagen wie heute fällt. Neun Jahre und fünf Monate durfte ich Stadtpräsident sein, was schon bald so weit ist und das klingt zuerst einmal nach einer Zahl, aber es ist auch ein Lebensabschnitt. Es war aber auch noch etwas anderes, war es für mich doch immer auch ein Privileg. Und das will ich wirklich nicht in einem abgedroschenen Sinn verstanden wissen wie als Dankesformel, die man dann am Schluss einer Rede immer auch noch sagt; ein bisschen vergleichbar mit einem Pflasterstein, den man in den Boden an der Marktgasse einbaut, über den dann im Jahr viel zu viele Lastwagen fahren, sondern ich meine es wirklich so. Es war ein Privileg, dieser Stadt und insbesondere ihrer Bevölkerung zu dienen, an und in solch einem Ort mitzudenken und mitzugestalten in unserem Dorf, das eben immer grösser ist als man selber, als jedes Individuum. Es war nicht immer leicht, am Schluss klingt es meistens immer so ein bisschen locker flockig und alles ist perfekt. Wer behauptet, die Kommunalpolitik sei ein ruhiges Fahrwasser, der hat das, glaube ich, noch nie in einem Sturm erlebt.

Wir überstanden unter anderem Corona-Zeiten mit Sitzungen im Parkhotel. Wir managten einen budgetlosen Zustand, wir verdauten eine freiwillige Relegation, was heute auch schon Thema war, es gab Gegenwind, auch auf der Projektebene und manchmal hatte ich zwischendurch schon auch kurz das Gefühl – und ich sage das wirklich ohne Bitterkeit, weil Bitterkeit ein schlechter Ratgeber ist, dass ein linker Stadtpräsident vielleicht für gewisse Fraktionen im Stadtrat eben auch nicht allzu erfolgreich sein darf, wie wenn Erfolg nur den Richtigen zustehen würde. Dabei müssen wir uns immer wieder darauf besinnen, dass es um die richtigen Ideen geht, denen man zum Durchbruch verhelfen muss. Und man muss sich auch bewusst sein, dass man Erfolg in der Politik nicht einfach so definieren kann.

Der Gedanke, der dann manchmal zwischendurch aufkam, greift sicher auch zu kurz, auch bei mir; das Gefühl, wenn man eine Niederlage allein auf sich selber bezieht. Vielmehr ist es aber so, dass, wenn wir scheiterten, dann geschieht das immer auch als Kollektiv, als ganze Regierung oder als Gesamtheit der Langenthaler Politik, so wie wir hier im Saal mit 47 Personen und allen Zuhörenden vereint sind und dabei eben manchmal auch mit Ideen nicht durchkamen. Und es darf nicht vergessen gehen, dass wir oftmals auch Mehrheiten finden konnten und miteinander, dann auch wieder wir alle zusammen, erfolgreich waren. Ich versuchte meine Politik, meine Art so gut wie möglich einzubringen, zu vermitteln, zu erklären und zu kitten, so wie ich das auch als Aufgabe des Stadtpräsidiums verstehe; auch als Vermittler zwischen allen Anspruchsgruppen, die es nun einmal in Langenthal so gibt. Und ich lernte dabei in den letzten 23 Jahren vor allem eines: Politik ist die Kunst, dass man die Mehrheiten zum Gemeinwohl vereinen darf und kann. Es ist nicht die Kunst, die eigene Überzeugung allein durchzusetzen zu wollen. Wer immer nur die eigene Stimme oder die eigenen Stimmen hört, der würde in einem gewissen Echo reagieren. Und da kann ich euch versichern, die Gefahr drohte bei mir als Minderheitsstadtpräsident nie.

Ich bin überzeugt davon, dass wer zuhört, wer auch von seinen Ideen manchmal zurücktreten kann und besseren Ideen den Vortritt lässt, der kann letztlich auch etwas bewegen und das durfte ich als Gemeinderat – und da bin ich allen wirklich über alle Legislaturen hinweg sehr, sehr dankbar – während 17 Jahren immer und immer wieder spüren. Und doch, und gerade, weil ich auch weiss, was Mut in der Politik kostet, möchte ich euch heute mit Nachdruck mit auf den Weg geben, dass Langenthal aus meiner Sicht wieder mehr Mut braucht. Die Kindergärten warten, was wir heute Abend auch schon hörten, die Alte Mühle wartet und die sanierungsbedürftigen Liegenschaften warten mindestens auf einen Plan, wie es weitergehen soll. Der Gemeinderat legte



euch zusammen mit der Verwaltung auch hin und wieder Optionen auf den Tisch, die er sorgfältig und ehrlich zusammenstellte und als zumutbar erachtete. Nicht bei allem stand der Stadtrat hinter ihm und dennoch betrieben wir in all diesen 17 Jahren doch auch eine bürgerliche Politik. Ich sage nicht, es ist richtig oder es ist falsch, aber ich möchte euch heute mit auf den Weg geben, dass es Entscheide braucht, von euch allen, und es braucht weiterhin mutige Entscheide miteinander, nicht irgendwann, sondern jetzt. Denn nichts altert schneller oder schlechter als eine aufgeschobene Entscheidung. Und nichts kostet mehr als die Angst vor dem Risiko. Und für etwas gibt es sogar eine Statistik, wonach Bauen nie günstiger ist als jetzt, denn es wird immer teurer, wenn man mit dem Bauen zuwartet.

Und eine Stadt ist kein Museum, wir müssen sie nicht konservieren. Wir müssen sie wagen, dass ihr weiterhin die Zukunft dieser Stadt schreibt. Und ich möchte euch noch etwas Letztes auf den Weg geben und vielleicht sagt ihr dann auch beim Apéro, dass der ja ewig redete, aber keine Angst, ich werde nicht pro Tätigkeitsjahr eine Minute reden, denn das hole ich nie mehr auf. Ich möchte euch zum Schluss noch etwas mitgeben, das mich in diesen Tagen wirklich auch noch beschäftigte, denn nebst vielen schönen Gratulationen, die ich eurerseits erhielt und ich auch alle recht herzlich verdanken möchte, will ich nicht verschweigen, dass in letzter Zeit Menschen zu mir kamen, wohl auch begünstigt durch den Umstand, dass ich hier bald weggehe. Und die gratulierten mir nicht nur, sondern sie sagten mir auch, dass es schön ist, dass ich dem Parlament hier jetzt den Rücken kehren darf. Vielleicht meinten sie es auch so, weil eben 23 Jahre eine ewig lange Zeit ist, sodass er zum Glück auch noch etwas anderes in seinem Leben macht, als hier in diesem Parlament stehen und reden. Da ich über diese Aussage doch auch erschrak, bat ich dann auch um eine Begründung. Sie begründet es damit, dass sie nicht mehr verstehen, warum der Stadtrat derart kompliziert geworden ist. Und das kann natürlich immer auch eine Perspektive von ehemaligen Stadtratsmitgliedern sein, die das Gefühl haben, früher sei alles besser und einfacher gewesen. Und trotzdem, auch wenn man es ein bisschen separat anschaut, erschreckte mich diese Aussage. Erstens, weil ich es selber nie so krass empfunden habe und zweitens, weil es zeigt, dass sich der Stadtrat unserer Bevölkerung und unserer Verwaltung manchmal nur ungenügend erklären kann. Und drittens überlegte ich mir, dass es auch ein bisschen ernüchternd ist, weil in jeder Demokratie ein Parlament auf eine Regierung wartet, welches die Regierung und das Volk gewählt und in dem Sinn auch verdient hat. Ich möchte jenen, die in der Vergangenheit manchmal zu Recht bemängelten, dass die Regierung und somit der Gemeinderat das Parlament nicht mehr ganz richtig spürt, mitgeben, dass ihr bitte nicht am Volk vorbei politisiert. Es gibt für mich nach wie vor nicht viel Spannendes als Lokalpolitik. Sie wirkt vor Ort und ihr könnt enorm viel mit dem bewirken, was ihr hier drin macht. In diesem Sinn wünsche ich mir mehr Nahbarkeit, mehr Verständlichkeit für die Langenthalerinnen und Langenthaler, sucht die Nähe, aber nicht nur zur Regierung und umgekehrt, sondern auch zum Volk. Dann bleibt ihr sicher auch in der Spur. Und in Bern sagte man mir bereits, dass ich jetzt nicht mehr überall einfach der Reto sein kann. Man riet mich dabei, dass ich nun ein bisschen staatsmännischer werden muss. Aber das schaue ich dann noch an, wie das dann sein wird. Bleibt bitte nahbar für alle eure Anspruchsgruppen.

Was bleibt am Schluss? Am Ende bleibt immer das Menschliche, es sind die Begegnungen, die ich erleben durfte. Bei vielen von euch oder bei Teilen von euch kann ich ja sogar sagen, dass ich schon mit euren Eltern hier im Rat sass und diskutierte und das wird für mich sicher auch immer in Erinnerung bleiben. Michael Schär sagte es auch schon, ich denke in diesem Moment auch an meine Familie. Sie sind heute vertreten durch meine Frau, meinen ältesten Sohn und meine Schwiegereltern. Sie trugen den Weg mit, oft im Stillen, selten im Rampenlicht, immer mit einer Geduld, die ich nicht immer verdiente und wofür ich keinen angemessenen Dank habe. Merci vielmals. Die Stadtpräsidentschaft macht nicht nur die Anzahl an Abende aus, die das kostet, die Anzahl an Wochenenden oder an Gedanken, die sich nicht abschalten lassen; vielmehr trägt man das nie allein und Stadtpräsident:in ist man halt 24 Stunden, 7 Tage in der Woche und das trägt man nur zusammen als ganze Familie oder man trägt es nicht. Und deshalb sage ich einfach: Merci vielmals. Ich denke auch an die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, wozu ich mir vom Gemeinderat noch wünschte, ein Apéro mit ihnen machen zu dürfen. Dies sicher auch viel lieber als etwa einen öffentlichen Umzug, weshalb es auch keine öffentliche Veranstaltung geben wird. Aber sie sind die Unsichtbaren und auf ihnen ruht extrem viel, was man vielleicht in der Politik nicht immer merkt und nicht immer genug schätzt. Sie sind jeden oder an vielen Morgen hier und sie machen ihren Dienst an den Nachmittagen und Abenden. Auch ihnen wird nie oder selten applaudiert und



sie verdienen aus meiner Sicht mehr Anerkennung, weil sie dieser Stadt auch extrem viel geben.

Und ich möchte auch euch, diesem Rat mit all seinen Reibungen, mit all seinen super spannenden Debatten, mit diesen Diskursen und mit dieser notwendigen Vitalität recht herzlich danken, worauf ich bereits hinwies. Also fasst das, was ich zuvor sagte, nicht als Kritik auf, wonach es das nicht geben darf. Eine Demokratie ohne Streit ist eine schlafende Gesellschaft, ist eine schlafende Demokratie und darum hoffe ich, dass ihr hier im Rat auch künftig weiterhin streiten werdet, aber bitte um der Sache willen. Und ich hoffe, ihr findet dabei auch die passenden Worte, um es den Leuten gegen aussen auch weiterhin gut erklären zu können. Ich gehe darum mit einem einzigen Wunsch, nicht für die Stadt, da sie ihren Weg so oder so finden wird, da bin ich sicher, sondern für uns alle, die wir hier in der Politik unterwegs sind: Steht euch nicht selber im Weg, nicht der Partei zu liebe, nicht dem nächsten Wahlkampf zu liebe, nicht der Angst zu liebe, dass man irgendwie scheitern und keinen Erfolg haben könnte, sondern seid mutig. Langenthal ist grösser als jede und jeder von uns und verdient Menschen, die grösser denken und sich das Machbare auch zutrauen. Seid deshalb erfolgreich. Und fürchtet euch nicht davor. Das wünsche ich euch, das wünsche ich mir selber für die Zukunft. Wie erwähnt, es war mir eine grosse Ehre, diesem Langenthal zu dienen. Merci vielmals auch für das Zuhören.

(Applaus)

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, Herr Stadtpräsident, Herr Regierungsrat, für die politische Wegzehrung, die du uns für die Zukunft mit auf den Weg gibst. Wir sind mitten an einer Verabschiedung. In den letzten paar Monaten lernte ich beruflich, dass man im Welschen vielen traurigen Sachen schöner sagt, wenn man es eben auf Französisch sagt: "Partir, c'est mourir un peu". Derjenige, der geht, lässt etwas zurück und denen, die bleiben, wird etwas fehlen. Du hast, wie es gesagt wurde, auf allen Stufen dieser Stadt viel geleistet, hast geprägt und wenn du nicht mehr da bist, wird etwas fehlen. Auf der anderen Seite ist jeder Abschied auch ein Neuanfang. Bei dieser Neuorientierung, die dir bevorsteht, möchten wir gerne helfen. Wir bereiteten für dich im Namen des Stadtrats eine Überlebenskiste vor; eine Überlebenskiste, die dir in dieser grossen weiten Welt des zweitgrössten Kantons immer wieder etwas bieten soll. Damit es auch eine gewisse Erinnerung an Langenthal darstellt, lehnt sich der Inhalt dieser Überlebenskiste an die Fasnacht an. Dies ist mit einem gewissen humoristischen Augenzwinkern zu verstehen und zwei Fasnächtlerinnen aus unserem Stadtratsbüro, Nicole Baumann und Vroni Bächtold, gaben sich viel Mühe, hier die Überlebenskiste zweckmässig auszugestalten. Auch im Namen des Stadtrats danken wir dir, Reto Müller, für deine Leistungen, die du nicht nur als Stadtratspräsident, sondern eben früher auch als Gemeinderat und noch früher als einer von uns hier für die Stadt erbracht hast. Und diesen Dank möchten wir dir als Wegzehrung auf deinem weiteren Weg weitergeben. Alles Gute.

(Applaus)



Stadtrat

Protokoll der Sitzung vom Montag, 11. Mai 2026

In eigener Sache

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wenn nun nicht jemand noch ein dringendes Traktandum hat, erkläre ich die heutige Stadtratssitzung für geschlossen. Die nächste Stadtratssitzung ist auf Montag, 29. Juni 2026 angesetzt. Über die Zeit und Traktanden werdet ihr rechtzeitig orientiert. Jetzt darf ich im Namen des Gemeinderates bekannt geben – das darf ich selten, aber jetzt darf ich das, dass uns der Gemeinderat zur Verabschiedung unseres Stadtpräsidenten zu einem Apéro im Parterre einlädt. Dafür danken wir als Stadträtinnen und Stadträte herzlich. Ich wünsche einen schönen Abend und alles Gute.